

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
15. Oktober 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Maria Zessin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Für die Arbeitslosen. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. VIII.
Von Anna Bloss. — Wilhelm Gewehr f. — Eine Ursache des Ge-
burtencrückgangs. III. Von Heinrich Vogel. — Ein Appell an die
Arbeitermütter. Von D. — Ein erfolgreicher Arbeiterinnenkampf
in Nürnberg. Von R. H.
Aus der Bewegung: Ferienspiele und -ausflüge für Arbeiterkinder
in Remscheid. — Ferienausflüge der Schulkinder in Essen. —
Politische Rundschau. Von a. th. — Gewerkschaftliche Rundschau. —
Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Aus der Holzarbeiter-
bewegung. Von lk. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenbewe-
gung. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.
— Verschiedenes.

Für die Arbeitslosen.

Die Barbarei und der Widersinn, ja Wahnsinn der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft stehen in diesen Zeiten großer Not für Millionen wieder einmal in ganzer Größe, nackt vor aller Augen. Die Arbeitslosigkeit hat die trügerischen Hüllen herabgerissen, die sonst so manchen täuschen, der sehend sein müßte. Zehntausende und aber Zehntausende sitzen mit den Thirigen in dumpfer Verzweiflung vor leeren Schüsseln; sie zittern vor dem Augenblick, da der unbarmherzige Hauswirt sie wegen rückständiger Wohnungsmiete auf die Straße setzen läßt, da die drohende Winterkälte ihre Qualen steigert. Zum Greifen nahe aber locken und gleichen Berge von Dingen, die dem nagernden Hunger, der umklammernden Not zu wehren vermöchten; Paläste und Villen, die Laune und Lust ihrer Herren leer stehen läßt, scheinen nach Bewohnern zu rufen. Und was in Vorratshäusern und hinter Ladenfenstern aufgetürmt ist, wie Vorratshäuser und Läden selbst, Paläste und Villen dazu: alles, was des Leibes Nahrung und Rotdurft dient, es ist schaffender Hände Werk. An allem hängt auch der Fleiß und Schweiß der erschreckend vielen, die darben müssen, weil sie nicht kaufen können, was sie bedürfen, was ihnen frommt. Warum? Weil sie Arbeitslose sind, denen die heutige Wirtschaftsordnung mit der Beschäftigung Brot und Obdach verweigert. Das aber ohne ihr eigenes, persönliches Verschulden. Mögen die aus der Werkstatt und vom Bauplatz Vertriebenen noch so arbeitswillig und geschickt sein, es gibt für sie nichts mehr zu tun, sobald ihr Schaffen denen nicht profittragend erscheint, die Herren und Nutznießer der Fabriken, Bergwerke, Felder, Arbeitsmittel, kurz des ausbeutenden Reichtums sind.

Allerdings, das ist in der bürgerlichen Gesellschaft eine alltägliche Tatsache und Lehre. Sie erneuert sich ständig für einzelne Proletarier, für Gruppen von ihnen, für Tausende. Arbeitslosigkeit kommt mit jedem Fortschritt der Technik, der Verminderung der Arbeitspein und Vermehrung des Wohlstandes bedeuten sollte und unter der Fuchtel des Kapitalismus aus einer Wohlthat zu einer Plage wird. Sie folgt Veränderungen des Wirtschaftsmarktes auf dem Fuße, weil heute die Gütererzeugung eine planlose, ungeriegelte ist. Die

kapitalistische Gütererzeugung fragt weder nach den vorhandenen menschlichen Arbeitskräften und der Menge, Art und Ergiebigkeit der Produktionsmittel noch nach den auftretenden Bedürfnissen aller Gesellschaftsmitglieder. Sie hat nur ein Leitmotiv: den Vorteil des einzelnen kapitalistischen Unternehmers in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Wir haben in einem früheren Artikel nachgewiesen, daß die Arbeitslosigkeit ein Lebensbedürfnis der kapitalistischen Ordnung ist, daß sie in ihr gleichsam die Rolle eines Regulators spielt, der das Drängen der werktätigen Massen nach besseren Arbeitsbedingungen bändigt, in den Schranken hält, die sich mit dem Profitbegehren der Kapitalisten vertragen.

Jedoch geht es mit der Arbeitslosigkeit und ihrem entsetzlichen Gefolge von Sorgen und Not wie mit allem, was für das Dasein der Ausgebeuteten wesentlich ist, was es schmiedet und beherrscht. Solange Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit das Schicksal einzelner, weniger ist, scheint sie gesellschaftlich nicht zu existieren. Der einzelne Proletarier mag einer ausgepreßten Zitrone gleich in Ählyen für Obdachlose oder auf der Landstraße zum sozialen Kehricht gefegt werden, er mag verderben und sterben, weil seine Hände unfreiwillig feiern müssen: die bürgerliche Gesellschaft hat kein Herz, sich des vom Elend Geheßten zu erbarmen, kein Ohr für den Schrei seiner Plage und das Köcheln seiner Todesstunde. Sie sieht ihn nicht, sie hört ihn nicht, und nur wenn er als Schnapsbruder das Parfüm ihrer Welt und Halbwelt überstinkt, als Träger von Seuchenbazillen die Gesundheit der Besitzenden bedroht, als Verbrecher die Faust nach deren Beutel und Leben ausstreckt, erinnert sie sich seiner, um ihn durch Polizei und Gerichte aus der Seh- und Geruchsweite „anständiger Leute“ in Winkel zu verbannen oder hinter Kerkermauern unschädlich zu machen. Der Arbeitslose selbst aber — solange er nicht vom Baume sozialistischer Erkenntnis gegessen hat — wird durch die wachsende Not nur zu leicht zermüht, und statt als unverföhnlicher Ankläger wider die Sünden der kapitalistischen Ordnung aufzutreten, verfrachtet er sich gedemütigt, verzweifelt, wie durch eine Schuld von dem Bewußtsein zu Boden gedrückt, daß für ihn und die Seinen kein Platz an der reichbesetzten Tafel der bürgerlichen Gesellschaft ist.

Die Krise, die mit allen Widersprüchen auch alle Grausamkeiten und Frevel der kapitalistischen Ordnung auf die Spitze treibt, muß mit ihrem harten Arm und ihrer rauhen Stimme die Arbeitslosen zu Tausenden und Zehntausenden zusammenreiben, muß die Arbeitslosen und ihren unendlichen Jammer als Massenerscheinung zusammenballen, damit die bürgerliche Gesellschaft Notiz von dem nimmt, was sich meist als furchtbare Tragödie im unscheinbaren Grau des einzelnen Proletarierschicksals abspielt. Und eine solche Zeit, wo die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung in den Spuren der Krise geht, erleben wir gegenwärtig. Nach einer Arbeitslosenzählung in München in der ersten Hälfte des Juli waren dort von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften allein mehr als 6000 ohne Verdienst und Brot, und über anderthalb

Tausend davon seit mehr als sechs Wochen, viele aber sogar seit vollen neun Monaten. In Nürnberg ermittelten die freien Gewerkschaften ungefähr die gleiche Zahl arbeitsloser Mitglieder. Für Berlin wird die Zahl der Arbeit und Brot Heischenden auf 50 000 geschätzt, für ganz Deutschland auf eine halbe Million. Und hinter dieser halben Million Arbeitsloser, die vergebens an einer Werkstattdür nach der anderen klopfen, stehen viele Hunderttausende versorgungsbedürftiger Angehöriger: Frauen, Kinder, alte Eltern, kleine Geschwister. So ist es ein Millionenheer von Proletariern, ein ganzes Volk der Arbeit, das in namenlosem Elend entbehrt und leidet, entbehrt und leidet inmitten einer „berauschenden“ Fülle des Reichtums einer winzigen Minderheit. Wie erst, wenn die Ungunst der Jahreszeit zum völligen Einstellen von Bau- und Erdarbeiten zwingt, wenn die fortschreitende Krise weitere Arbeitsstätten schließt, größere Produktionseinschränkungen hervorruft, wenn Arbeitslosigkeit, geminderter Verdienst und Unsicherheit des Erwerbes zum Los neuer Hunderttausender werden? Und all das, während der Winter das Bedürfnis nach einem schützenden Dache, nach wärmender Kleidung und genügender Nahrung erhöht und die erschreckenden Feuerungspreise zu Ruß und Frommen anscheinender Eliten und Schichten die Kosten der Lebenshaltung auch für die Armen und Ärmsten steigern!

Aug in Auge mit dieser Not der Zeit hat unser Parteitag zu Jena es mit Recht als eine seiner unerläßlichsten Pflichten betrachtet, die Sozialdemokratie im Kampfe für gesellschaftliche Maßregeln zur Vinderung des Arbeitsloseneleuds voranzuschicken. Es gilt zu ergänzen, was die freien Gewerkschaften in dieser Beziehung seit langen Jahren Wertvolles leisten. Das Kernstück der geforderten Maßnahmen ist die Reichsarbeitslosenversicherung, das offizielle Eingeständnis der bürgerlichen Gesellschaft, daß sie nicht dauernd und regelmäßig die Lohnsklaven arbeitend ernähren kann, die für sie Märchenschätze ans Licht heben. Allein die bittere Erfahrung hat gelehrt, daß die Mühlen der Gesetzgebung im kapitalistischen Deutschen Reich der Reichen mit tödlicher Langsamkeit mahlen, wenn sie Mehl für die Enterbten geben sollen. Wollten wir abwarten, bis in diesem Falle das Mehl zu Brot verbacken werden könnte, so würden die Arbeitslosen unserer Lage scharenweise vom Hunger abgewürgt werden. Sie haben ein Anrecht auf schleunigsten Beistand. Darum heißen wir, daß die Gemeinden Zuschüsse zu der Arbeitslosenunterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen leisten, und daß die Bundesstaaten nötigenfalls die Gemeinden mit Mitteln für diesen dringenden Zweck ausrüsten. Wir schärfen ferner allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten und den Gemeinden die Pflicht ein, sofort noch unerledigte Arbeitsaufträge ausführen zu lassen und planmäßige Arbeitsgelegenheit zu schaffen, das aber unter Einhaltung der tarifmäßigen Sätze für die Entlohnung.

Mit dem Wutgeheul einer Meute, die im vorempfindenden Instinkt die Zähne in das zuckende Fleisch der gehehten Meute schlägt, hat das organisierte Unternehmertum die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitags begrüßt. Es weiß, was die Arbeitslosigkeit für den kapitalistischen Profit, für die kapitalistische Produktion selbst bedeutet. Es hat die Schamlosigkeit, die anschwellende Massenerscheinung mit ihrem Verderben für Ungezählte zu leugnen. Und die öffentlichen Gewalten in Reich, Einzelstaat und Gemeinde? Die Ausgebauten kennen sie zur Genüge in ihrer Eigenschaft als Diener und Büttel der besitzenden und herrschenden Klassen. Das Reich hat Milliarden für Werkzeuge des Todes und den Drill zum Massenmord, die Einzelstaaten haben Millionen für die Erhöhung von königlichen Zivillisten und prinzlichen Apnagen, die großen Gemeinden Hunderttausende für Festessen und höfisches Schaugepränge. Aber sie alle werden zäher, leidenschaftlicher als der letzte Geizhals um jede Mark feilschen, die die Vertreter und Beauftragten des kämpfenden Proletariats zur Vinderung des brennenden Jammers der Arbeitslosen und ihrer unglückseligen Familien fordern.

Ihren Widerstand wird kein noch so blutiger Tränenstrom Notleidender wegschwemmen und kein noch so eitlich duftender Zephyrhauch einsichtsvoller Beweisführung von Menschlichkeitspflicht und Kulturnotwendigkeit über den Haufen säufeln. Er muß gebrochen werden durch die ernste, nachdrückliche Willensbekundung des organisierten Proletariats. Jedes Stück gesellschaftlicher Fürsorge für die Arbeitslosen wird der Preis proletarischen Klassenkampfes sein.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen, ruft der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie wie auch die Generalkommission der freien Gewerkschaften die Klassenbewußten organisierten Proletarier allerorts zur großzügigen, planmäßigen und wichtigen Aktion für die Arbeitslosen auf. Massenversammlungen der Arbeitslosen müssen den Umfang der Beschäftigungslosigkeit, die himmelschreiende Größe und Bitternis der Not offenbaren, müssen den Schoßkindern der kapitalistischen Ordnung die Pein und das Recht ihrer Opfer in die Ohren gellen. Massenversammlungen der politisch und gewerkschaftlich kämpfenden Vorhut des Proletariats müssen erhartet, daß diese in fester Geschlossenheit hinter den darbedenden Brüdern und Schwestern steht, entschlossen, der bürgerlichen Gesellschaft jeden Tropfen Labung abzupressen, welcher deren verschmachtende Lippen legen kann.

Bedarf es langer, eindringlicher Worte darüber, daß die Genossinnen in Partei und Gewerkschaften ihre Kraft bis zum letzten Hütchen in die Massenaktion einsetzen werden, die das Gebot dieser Stunde ist? Arbeitsloseneleid ist Arbeiterinnenleid, ist Frauen- und Kinderleid. Auch Tausende von Proletarierinnen irren in diesen bösen Tagen Arbeit und Brot verlangend mit leerem Magen, von fieberhafter Sorge gepeitscht durch die Straßen. Berichte von Arbeitsnachweisen im ganzen Reich verzeichneten für den Juli des Jahres 85 000 weibliche Arbeitsuchende, aber nur 82 000 offene Stellen und 50 000 Vermittlungen von solchen! Und ist es nicht die Arbeiterfrau, die bei mangelndem oder auch nur geschmälertem Verdienst des Mannes den Weg zum Pfandhaus finden muß, die täglichen Wittgänge um Kredit zu Bäcker und Krämer nicht scheuen darf, und die trotz allem den Hunger und Kummer der Ihrigen nicht zu verzeihen vermag! Von ihrer Herzensnot reden bittende Kinderhände, die sich nach einer Brotrinde ausstrecken, reden bleiche Wangen und ausgemergelte, schauernde Kinderkörper.

Mit glühendem Mitgefühl für das Leid der Arbeitslosen und mit wachem Sinn dafür, wie eng und fest deren Los mit dem des arbeitenden Proletariats verknüpft bleibt, nehmen die sozialistischen Frauen an der Seite der Genossen Arbeit und Kampf in vollem Umfang, mit allen Pflichten auf. Jedoch innerhalb der Linie des allgemeinen Vorstoßes können sie zu dessen Erfolg manches Besondere leisten. Frauenmund scheint uns vor allem berufen, in die sorgenvollen, sonnenlosen Heime der Arbeitslosen das tröstende, ermutigende Wort von der proletarischen Brüderlichkeit zu tragen und durch erhebenden Zuspruch in verzweifelnden Gemütern neue Hoffnungen zu entzünden, an denen sich der müde Wille belebt und befeuert. So können gerade die Genossinnen dazu helfen, daß die Arbeitslosen mit ihren Familien aus den dunklen Tiefen ihres Elends wissend und fordernd an das Licht der Öffentlichkeit steigen. Sie sollten die gegenwärtige Seelenpein Hunderttausender proletarischer Mütter um das Brot und die Gesundheit ihrer Lieblinge zu der Forderung der Schülerspeisung zusammenschaffen. Sie könnten das schöne, fruchtbare Werk unserer Kinderdankkommissionen ergänzen und vertiefen. Nach dem Beispiel der „kommunistischen Streiksuppen“ in Belgien usw. ließen sich vielerorts — namentlich im Anschluß an unsere Gewerkschaftshäuser und Genossenschaftsbüchereien — durch die Genossinnen Speisungen für die Kinder der Arbeitslosen organisieren. Und dem Recht des Leibes für die Kleinen gälte es Nahrung und Freude für Herz und Geist hinzuzufügen durch entsprechende Veranstaltungen an den schulfreien Nachmittagen, den Abenden und Sonntagen. Kurz, durch planmäßiges Zusammenwirken, ge-

stützt und getragen von den proletarischen Kampfsorganisationen, sollten die Genossinnen den Kindern der Arbeitslosen und diesen selbst zum Bewußtsein bringen, daß eine größere Gemeinschaft spendet, was das vom Kapitalismus geleerte und verelendete elterliche Heim zu gewähren außerstande ist.

Es wäre das ein überzeugender Anschauungsunterricht von dem Geist, der im Zeichen des Sozialismus erblüht, von der Tat, die er reißt. Es ist eine Liebestätigkeit weitestfassender und tiefster Art, zu der die Arbeitslosennot die sozialistischen Frauen ruft. Stoßen wir uns nicht daran, daß das Wort und der Begriff entwertet worden ist durch die Almosen, die in einer Gesellschaft der Klassenscheidung der Reiche und Herrschende dem Armen und Unterdrückten gnädig zuwirft; durch die Heuchelei, mit der der schwelgende Müßiggang in unserer Zeit zum Besten Notleidender tanzt und flirrt; durch den spürenden Geschäftssinn, mit dem Pastoren dem „Wohltun und Mitzuteilen“ für ihre Kirche, „bessere“ Herren und Damen für den kapitalistischen Profit Zins und Zinseszins tragen lassen. Die Liebestätigkeit der Sozialdemokratie ist nichts als tatkräftige proletarische Solidarität, ist ein seliges Geben ohne Überhebung und ein aufrechtes Nehmen ohne Demut zwischen Gleichen, zwischen Gliedern einer millionenköpfigen Familie. Sie wird auch den Geist der Empfangenden nicht verwirren und ihren Willen in Knechtschaft binden, sondern umgekehrt diesen Willen scharfsäugig, kühn und kraftvoll auf die befreiende Tat richten.

Die proletarische Frauenbewegung ist wurzelfest und groß genug, damit ihre Trägerinnen auch solches Wirken ins Auge fassen. Wir zählen jetzt mehr als 150 000 organisierte Genossinnen und 200 000 Gewerkschafterinnen. Nur der Minderzahl von ihnen ist es gegeben, in der stahlharten Rüstung einer Jungfrau von Orleans mitten im dichtesten Gewühl des politischen und wirtschaftlichen Kampfgetümmels zu stehen. Viele Tausende von ihnen aber bewegen die frohe Botschaft des Sozialismus im stillen Herzen und sehnen sich danach, sie wirkend lebendig werden zu lassen. Die Arbeitslosennot eröffnet ein Wirkungsgebiet für sie alle, ein Wirkungsgebiet, das soziale Einsicht und Bekennenmut verlangt, dazu auch tiefste, selbstlose Herzensgüte und feines Taktgefühl. Trotz ihrer schweren und vielgestaltigen Pflichten und Arbeiten, trotz ihres schmalen Beutels werden Tatkraft und Opfermut der sozialistischen Frauen nicht versagen. Das wundervolle Gleichnis vom Scherlein der armen Witwe ist für sie noch jederzeit Wirklichkeit geworden. Zeigen wir, daß der Sozialismus und befähigt, mit den reißigen Kampftugenden des Mannes den milden Samaritersinn des Weibes zu verbinden, wenn es gilt, für die Arbeitslosen zu handeln.

Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

VIII.

Die Frau in der Schulbehörde. — Fortbildungsschule. Koch- und Haushaltungsunterricht.

Der Besuch der Volksschule erstreckt sich auf sieben, in manchen Staaten auf acht Jahre. Mit dem dreizehnten respektive vierzehnten Lebensjahr müssen die Kinder des Volkes die Schule verlassen. Die Familie konnte häufig ihren Hunger nach Brot nicht stillen; noch weniger aber konnte die Schule ihren Hunger nach Wissen, nach Bildung befriedigen. Fast bei allen stellt sich die Notwendigkeit ein, einen Beruf zu ergreifen, und zwar sehr häufig einen Beruf, in dem sie so bald wie möglich von den Eltern unabhängig werden, der sie in die Lage versetzt, selbständig ihr Brot zu verdienen und womöglich zum Unterhalt ihrer Familie beizutragen. Das Wissen, das ihnen die Volksschule mitgegeben hat, ist äußerst gering. Für die Anforderungen des Lebens sind deren Zöglinge in keiner Weise vorbereitet. Viele von ihnen haben den Wunsch, weiterzukommen. Viele möchten einen Beruf ergreifen, in dem sich ihre Geistesgaben entfalten können. Aber

danach fragt niemand. Die schwachbegabten Kinder wohlhabender Eltern lernen weiter, sie erhalten Nachhilfestunden, sie werden durch die Klassen mitgeschleppt. Die Söhne müssen das Einjährigenezamen, womöglich auch die Abiturientenprüfung bestehen, um studieren zu können. Die Töchter werden in den fremden Sprachen, in der Musik, in der Malerei ausgebildet, nicht weil sie eine besondere Begabung dafür haben, sondern weil ihre Eltern das hohe Schulgeld bezahlen können.

Der Staat, der, wie ich gezeigt habe, wesentlich größere Zuschüsse zu den höheren Bildungsanstalten als zu den Volksschulen zahlt, erachtet seine Pflichten gegen die Kinder der werktätigen Massen sehr bald für erfüllt. Sie lernen den Ernst des Lebens in einem Alter kennen, in dem die Kinder der Besitzenden noch wenig von Pflichten wissen. In den Jahren, in denen die Freude am Lernen, in denen das tiefere Verständnis für die Wissenschaften erst erwacht, schließt die Volksschule ihre Tore für die Kinder des Volkes. In neuerer Zeit hat man für sie in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten den Fortbildungsunterricht eingeführt. Aber so uneinheitlich wie das ganze Volksschulsystem in Deutschland ist, so uneinheitlich ist auch das System der Fortbildungsschulen. In Preußen zum Beispiel ist der Besuch der Fortbildungsschulen für Mädchen erst seit Ostern 1913 eingeführt und auch nicht obligatorisch für alle Mädchen, sondern nur für die jugendlichen gewerblichen Arbeiterinnen, für die Verkäuferinnen und für die Handlungsgehilfinnen. Für alle übrigen aus der Volksschule entlassenen Mädchen besteht in Preußen der Pflichtfortbildungsunterricht nicht. Viele von ihnen gehen in die Fabriken oder in einen häuslichen Dienst, andere müssen Heimarbeit verrichten oder die Stelle der Mutter im Haushalt versehen. Um ihre Weiterbildung kümmert sich weder der preussische Staat noch die Gemeinde. In Braunschweig gibt es für die Mädchen überhaupt keinen obligatorischen Fortbildungsunterricht. Zum Teil hat man noch das Vorurteil, daß es sich „nur“ um Mädchen handelt, zum Teil will man den Unternehmern die jugendlichen weiblichen Arbeitskräfte nicht entziehen. Der Fortbildungsunterricht selbst kann außerdem nur ein schwaches Surrogat sein für die gründliche Weiterbildung der schulentlassenen Jugend.

Damit ja keine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt, wird der Fortbildungsunterricht in der Regel abends erteilt. Die jungen Proletarier, die aus der Schule unvermittelt in einen Beruf eintreten müssen, der ihre schwachen Kräfte über Gebühr in Anspruch nimmt, sind abends häufig viel zu müde, um geistig noch aufnahmefähig zu sein. Sie können dem Unterricht nicht mit der erforderlichen Aufmerksamkeit folgen, das aber um so weniger, da er ja nur eine Fortsetzung der Armenleutebildung in der Volksschule ist. Den jungen Leuten wird wenig oder nichts von dem gegeben, wonach ihr Geist dürstet. Auch der Fortbildungsunterricht wird von der Religion und dem Hurrapatriotismus beherrscht. Auch er ist totes Formelwerk, Drill und Zwang. Die Kinder, die ohne Übergang aus der Schule in das Leben treten mußten, erhalten in der Fortbildungsschule selten die Anregung und die Kraft, den Anforderungen und den Stürmen des Lebens sich gewachsen zu zeigen, sie werden hier nicht an Geist und Charakter zum Selbstschutz und zur Selbstverteidigung erzogen. Eine größere Bereicherung des Wissens ist nur sehr bedingt möglich. Wie könnte es anders sein bei den wenigen Stunden, gewöhnlich vier in der Woche während zwei, neuerdings auch zuweilen während drei Jahren.

Sehr häufig laufen bei dem Ortschulrat Klagen der Lehrer ein über die Unbotmäßigkeit der Fortbildungsschüler. Diese Unbotmäßigkeit erklärt sich leicht aus dem System der Fortbildungsschulen. Es bedeutet eine Rückkehr in den alten Schulzwang, in „das Buchthaus der Gegenwart“, in die Gewalt des Lehrers, der es nicht immer versteht, sich das Herz der Kinder zu gewinnen und ihren Geist zu fesseln. Es handelt sich nun aber nicht mehr um Kinder, sondern um junge

Leute, die schon eine gewisse Selbständigkeit haben, die sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und denen man im Leben die Pflichten von Erwachsenen auferlegt. Daß sich in ihnen durch die zeitweilige Rückkehr in den Schulzwang ein Oppositionsgeist regt, ist nur zu begreiflich. Aus dem einseitigen Schulsystem ergeben sich auch für die Lehrer große Schwierigkeiten im Verkehr mit den jungen Leuten. Wer es da mit den alten Mitteln von Strenge, Strafen, womöglich von Prügeln versucht, wird bald merken, daß sich nur Trotz und Widerstand regen. Die Lehrer dürfen nicht vergessen, daß da eine äußerlich aufgezwungene Autorität völlig versagt. Die Erfahrungen bei den Kursen unserer Jugendbewegung sind Beispiele dafür. Ich habe mehrfach solche Kurse übernommen. Als ich damit anfing, sagte mir ein Lehrer: „Da werden Sie keine angenehmen Erfahrungen machen.“ Das Gegenteil war aber der Fall. Ich hatte stets begeisterte, aufmerksame Schüler, und nie hat mir ein Unterricht so viel Freude gemacht wie der bei unseren Jugendlichen. Sie hielten vorzügliche Selbstdisziplin und waren darin weit strenger, als ich es je gewesen wäre. Freilich fiel aller Zwang fort, und mein Verhältnis zu ihnen war das einer älteren Freundin. Ich habe daraus die Überzeugung gewonnen, daß der weibliche Einfluß auf junge reisende Menschen in der Schule noch nicht genügend geschätzt wird. Er wäre aber um so notwendiger, als ja viele der jungen Leute die Erziehung durch die Mutter entbehren müssen.

Der Fortbildungsunterricht bietet für unsere Betätigung ein weites Arbeitsfeld. Wir müssen dafür sorgen, daß er so viel wie möglich ausgebaut wird, wir müssen versuchen, die Haltung von Lehrern und Schülern zu beeinflussen und Änderungen in dem System von Zwang und geisttötender Unterrichtsmethode herbeizuführen. Der Fortbildungsunterricht sollte ein Gegengewicht bilden zu dem eintönigen Leben in Fabrik, Werkstatt oder Bureau. Er sollte dem Geist, der ermüdet wird durch die schwere Tagesarbeit, Auffrischung und Anregung geben. Er sollte Licht und Freude bringen in das eintönige, pflichtenreiche Dasein der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Darum darf der Fortbildungsunterricht nicht nur Berufskennntnisse geben wie der Fachunterricht, den die Unternehmer erstreben. Jeder Unterricht soll helfen, Persönlichkeiten zu bilden, und der Fortbildungsunterricht muß in diesem Sinne ausgestaltet werden. Er soll den Blick erweitern, den Geist bilden, den Charakter festigen und veredeln, er soll vor allem in das Leben der Proletarierjugend, das meist so ernst und trübe ist, etwas Sonnenschein tragen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit ist dem Fortbildungsunterricht der Mädchen zuzuwenden, die dabei, worauf ich oben hinwies, zum Teil wenig oder gar nicht berücksichtigt werden. Die Ansicht, daß es sich nur um Mädchen handelt, herrscht leider oft genug sowohl in der Familie wie auch in der Öffentlichkeit und damit das Vorurteil, daß Mädchen nicht nötig haben zu lernen. Wie weit dieses Vorurteil in den Familien verbreitet ist, zeigen immer wieder die Petitionen beim Ortsschulrat um Frühkonfirmation der Mädchen oder um ihre Befreiung vom Fortbildungsunterricht. Man will die Mädchen früher konfirmieren lassen, weil sie zu Hause gebraucht werden, weil sie der Mutter helfen oder sie ganz vertreten sollen. Sogar das geringe Bildungsziel der Volksschule scheint den Eltern für ihre Töchter häufig zu hoch, als etwas Überflüssiges. Selbst Mütter vertreten oft den Standpunkt, daß das Lernen nur für die Söhne notwendig ist. Diese mühten hinaus ins Leben, so meinen sie, die Töchter dagegen seien nur für die Eltern da. Diese Mütter vergessen, daß ihre eigene gedrückte Stellung mit dieser veralteten Anschauung zusammenhängt. Sie erleben es, daß ihr Mann abends fortgeht, um geistige Anregung und Verständnis für seine Ideen außerhalb des Heims zu suchen. Sie erfahren, daß ihre Söhne mit einer gewissen Überlegenheit auf sie herabsehen. Ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß ihren Töchtern nicht ein gleiches Los zuteil wird. Statt dazu beizutragen, daß die Geistesbildung ihrer Töchter hinter der der

Söhne zurückbleibt, sollten die Mütter alles tun, um auch den Mädchen Gelegenheit zu geben, ihr Wissen zu erweitern, ihren Geist zu erhellern. Die weiblichen Mitglieder des Ortsschulrats aber mühten stets im Auge haben, daß die Mädchen, die künftigen Frauen der Arbeiter, ihren Männern nicht nur Köchinnen und Haushälterinnen, sondern auch geistige Gefährtinnen sein sollen, daß sie daher an Bildung nicht hinter ihnen zurückstehen dürfen. Je mehr das der Fall ist, um so bessere Mütter und Erzieherinnen künftiger Generationen werden dann auch die Proletarierinnen sein. Meiner Ansicht nach müßte daher den Gesuchen um Frühkonfirmation der Mädchen und ihre Befreiung vom Besuch der Fortbildungsschulen so viel wie möglich entgegengetreten werden. Besuche der letzteren Art werden meist im Interesse der Dienstherrschaften oder der Arbeitgeber eingereicht. Diese haben sich bereits damit abfinden müssen, den Knaben die Zeit für den Fortbildungsunterricht freizugeben, aber sie sträuben sich oft hartnäckig dagegen, die jungen Mädchen während der kurzen Zeit zu entbehren, die der Unterricht fordert. Vorurteile sind häufig auch gegenüber dem Koch- und Hauswirtschaftsunterricht zu bekämpfen, der vielfach zum Fortbildungsunterricht der Mädchen gehört. Die Mütter erklären, Kochen können ihre Töchter auch zu Hause lernen. Noch häufiger sind die Reklamationen der Dienstherrschaften gegen diese Unterrichtsstunden. Auch die Unternehmer laufen gegen den hauswirtschaftlichen Unterricht Sturm, denn davon haben sie keinen Vorteil. Dafür tuten sie in das gleiche Horn mit der übrigen bürgerlichen Gesellschaft, die sich so gern darüber entrüstet, welche schlechte Hausfrauen die Proletarierinnen seien. Dispens vom hauswirtschaftlichen Unterricht sollte meiner Ansicht nach nicht gegeben werden. Wo solcher Unterricht nicht besteht, sollte er neben den wissenschaftlichen Unterricht treten, aber nicht Ersatz dafür sein. Der hauswirtschaftliche Unterricht soll das Hauptgewicht nicht auf das eigentliche Kochen legen, sondern in die Chemie der Küche einführen. Der Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel wird erklärt und eine ihm entsprechende Zusammenstellung von Speisen gegeben, damit der Körper erhält, was er braucht. Die Schülerinnen werden im praktischen Einkauf unterwiesen, in der Einteilung des Wirtschaftsgeldes und der Arbeitseinteilung in der Wirtschaft. Die Krankenkost, die Küchenhygiene wird besonders berücksichtigt. Ferner lernen die Schülerinnen etwas von der ersten Hilfe bei Krankheits- und Unglücksfällen, von der Säuglings- und Kinderpflege. Das theoretisch Gelehrte wird sofort in den Schulküchen praktisch erprobt. Die Mädchen sollen lernen, daß das Denken auch im Haushalt von Wichtigkeit ist, und sicher ist der künftigen Hausfrau dieser hauswirtschaftliche Unterricht später von großem Nutzen. Er gibt den weiblichen Mitgliedern des Ortsschulrats reich Gelegenheit, sowohl in dieser Körperschaft wie im Verkehr mit den Eltern beratend, aufklärend und vorwärtstreibend zu wirken. Auf die bessere organisatorische Ausgestaltung und die erzieherliche Vertiefung des Fortbildungsschulunterrichts für die Mädchen sowohl wie für die Knaben zu dringen, das ist eine wichtige Aufgabe der Frauen in den Schulbehörden.

Wilhelm Gewehr †.

Ein vorbildlicher Kämpfer ist dahin, der ein ganzer Mann und ein edler, lauterer Mensch war. In Ebersfeld ist am 29. September der Tod an Wilhelm Gewehr's Schmerzenslager getreten, ein milder, erlösender Freund. Daß dieses arbeitsreiche, selbstlose Leben erloschen ist, wird noch lange in der sozialistischen Bewegung Rheinland-Westfalens herb empfunden werden und in der gesamten deutschen Sozialdemokratie nachzittern. Wer den Mann und sein Wirken gekannt hat, für den ist der Name Wilhelm Gewehr ein Zeichen, ein Symbol. Er ist gleichbedeutend mit aller Erhebung, deren das Proletariat in seinem Befreiungskampf fähig ist, mit allem Sehnen, Opfern, Arbeiten, Ringen, das es emporträgt.

Am 29. Dezember 1858 zu Klein-Rechtenbach im Kreise Wehlar als armer Leute Kind geboren, kam der Holzarbeiter Wilhelm Gewehr nach einer harten Jugendzeit Anfang der 80er Jahre nach Elberfeld. Das Sozialistengesetz, das schwer auf dem Proletariat des Wuppertals lastete, konnte den vorwärtsdrängenden Geist und Willen nicht hindern, den Weg zum Blachfeld des proletarischen Klassenkampfes zu finden. Der junge Proletarier betätigte sich zuerst in den gewerkschaftlichen Fachvereinen und in den Krankenkassen, und schon mit dem Ende der 80er Jahre wirkte er so hervorragend für die Sozialdemokratie, daß er in dem großen Elberfelder Geheimbundsprozess auf die Anklagebank kam, jedoch ohne verurteilt zu werden.

Von nun an rückt Gewehr rasch an die Spitze der sozialistischen Bewegung in Rheinland-Westfalen. Er wird einer ihrer klarblickendsten, zuverlässigsten und treuesten Führer, ein unermüdlicher, unvergleichlicher Agitator und Organisator, der mit verzehrendem Feuereifer dafür arbeitet, das Proletariat des wichtigen Bezirks zu erwecken, sammeln und schulen. In den Zeiten, da die noch arme Sozialdemokratie nicht an die Anstellung besoldeter Beamter denken konnte, hat Genosse Gewehr, selbst ein armer Teufel, mit der größten Selbstlosigkeit die agitatorische und organisatorische Arbeit geleitet, hat er ihr mit Rede und Schrift gedient. Viele fruchtbare Anregungen und Einrichtungen zur Betreibung einer wirksamen Agitation, für die Ausgestaltung der Organisation sind ihm zu danken. So musterträchtig war, was er schuf, daß die Bezirksorganisation der Sozialdemokratie im Reich nach dem Vorbild der Organisation im rheinischen Industriegebiet aufgebaut wurde. Bis zuletzt hatte Wilhelm Gewehrs Meinung Gewicht, wenn es sich in der Sozialdemokratie um Organisationsfragen handelte.

Seit 1890 hat unser unberglicher Genosse und Freund als Kandidat der Sozialdemokratie das Banner in Kreisen vorangetragen, wo es nicht um ein sicheres Mandat ging, sondern vor allem um die Aufrichtung und den Zusammenschluß proletarischer Massen. Zuletzt und bis zum Frühjahr dieses Jahres in Essen, wo er sich in heißem Kampfe mit dem verräterischen Zentrumsmann Giesberts zu messen hatte. Man muß die Begeisterung erlebt haben, mit der Tausende während des Wahlkampfes in den Versammlungen die Verleumdungen der Gegner mit dem Rufe beantworteten: „Gewehr auf! Gewehr hoch!“ In ihr pulsierte die herzliche persönliche Liebe und Verehrung, mit der das rheinisch-westfälische Proletariat die hingebungsvolle Arbeit des Mannes lohnte. In der Stadtverordnetenversammlung zu Elberfeld hat Genosse Gewehr sich eifrig betätigt, bis die tödliche Krankheit ihm die Pforten zu dieser Arbeitsstätte verschloß. Schon ein vom Tod Gezeichneter, hat er noch im letzten Frühjahr unter freiem Himmel bei der gewaltigen Demonstrationsversammlung gesprochen, durch die das Wuppertaler Proletariat gegen Nüftungswahnsinn und Krieg protestierte.

Diese kurz umrissene Arbeit allein wäre groß genug gewesen, die Tatkraft eines Mannes zu verzehren. Sie genügte nicht der leidenschaftlichen Arbeitsfreudigkeit und der geradezu phänomenalen Arbeitsenergie eines Gewehr. Mehr als 21 Jahre hat er als Redakteur der „Freien Presse“ gewirkt, in den schweren Anfängen ihrer Entwicklung bei kärglichem Gehalt und unter erdrückender Arbeitslast, jederzeit aber mit dem gleichen, nie zu stillenden Pflichteifer. Zu dem Emporblihen der Parteipresse in Rheinland-Westfalen hat er entscheidend beigetragen, in Hunderten von Flugblättern hat er zu den Ausgebeuteten gesprochen und mehrere treffliche Agitationsbroschüren verfaßt. Eine erstaunliche Summe sorgfältigen, nachdenklichen Mühe hat er 16 Jahre lang an das „Morgenrot“ gesetzt, eine populäre Monatschrift, die seine ureigenste Schöpfung und bis zuletzt das Werk seiner ganz persönlichen Arbeit war. Als das tödliche Leiden, dem er erlag, Zoll für Zoll des Lebens seiner Energie streitig machte, ist Genosse Gewehr noch zu seinem Redaktionsfessel mehr getrocknet als gegangen, später — da ihm das Sagen unmöglich

war — wurde der Krankenpfuhl zur Arbeitsstatt. Er diktierte seine Artikel seiner Tochter, und die letzte Nummer des „Morgenrot“ legte er druckfertig aus der Hand, als sich schon die Schatten des nahenden Endes tiefer und tiefer auf ihn senkten.

Mit der rastlosen Arbeit hielt das zähe Ringen um die Klärung und Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis gleichen Schritt. Wie leidenschaftlich hat dieser ehemalige Volksschüler von der Wissenschaft Wahrheit verlangt, Antwort auf hundert Rätselfragen in Natur und Gesellschaft. Es war ihm innerstes Bedürfnis, der Arbeit für die Erhebung und Befreiung des Proletariats jederzeit Richtung und Ziel durch die sozialistische Theorie zu geben. Daher wertete er mit sicherem Blick jedes Quentchen Reform, das von der Arbeiterklasse erstritten werden kann, allein er war gegen jede Anwendung gefeit, um solcher Vinsengerichte willen das proletarische Erstgeburtsrecht auf die soziale Revolution zu verkaufen. Daher hatte in seiner Auffassung und in seinem Wirken die bescheidene Alltagsarbeit für das hellere Gegenwartslos der Enterbten ihren Platz wie der unbittliche Kampf für die Zukunftsfreiheit. An der Praxis des Klassenkampfes erwachsen und durch sie gestählt, den sicheren Boden der gesellschaftlichen Wirklichkeit fest unter den Füßen, stand Gewehr im Streit der Meinungen innerhalb der Sozialdemokratie auf der Linken. Er blieb der geschworene Gegner des Paktierens mit bürgerlichen Anschauungen, jeder Opportunitätspolitik, die billigen Tageserfolge nachjagt. Es ist wesentlich sein persönliches Verdienst, wenn das sozialistische Proletariat des rheinischen Industriebezirks, stark im Vertrauen auf seine eigene Kraft, überwiegend Verfechter einer unbengsamen proletarisch-revolutionären Klassenkampfpolitik stellt. Diesem Proletariat die zielklare Erkenntnis zu erhalten und zu festigen, das ist das politische Vermächtnis, das Wilhelm Gewehr seinen Kampfesgefährten und Freunden hinterlassen hat. Die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts war ihm kein Lippenbekenntnis. Er war ein verständnisvoller Förderer der sozialistischen Frauenbewegung schon in den Zeiten, da sie sich noch gegen Vorurteile in dem werktätigen Volk wie im steten Kleinkrieg mit alten Gesehesterten und neuen Behördenkniffen durchzusetzen hatte, und er ist ihr ein zuverlässiger Helfer geblieben. Es gibt kein Feld unserer Parteibetätigung in Rheinland-Westfalen, das nicht die unverwischbaren Spuren seines Wirkens trüge. Die Geschichte der Partei selbst ist seine Lebensgeschichte.

Wilhelm Gewehr hat seinen großen inneren Reichtum ohne Feilschen hingegeben an sein Lebenswerk als Erwecker, Erzieher und Führer der proletarischen Massen. Er hat sich in seiner grenzenlosen Gabe nicht behindern lassen durch die schwere Ungunst äußerer Verhältnisse, durch schmerzvolles persönliches Ungemach. Bittere Enttäuschungen sind über ihn dahingezogen, aber das Geschick hat auch höchste Genugung und Freude daneben gestellt. Kräftig ist in die Halme geschossen, was Genosse Gewehr gesät hat, und seine Tochter Erfriede ist zu einer Kämpferin herangewachsen, die von seinem Geist erfüllt und von der Lauterkeit seines Wesens geleitet dem proletarischen Befreiungskampf dient. In schlichter Größe steht das Bild des seltenen Mannes vor uns, den wir mit Stolz unseren Freund nannten, klar und festlinig in jedem Zug, ohne erborgten Schimmer, in allem echt. Ein Hüne von Gestalt, war Wilhelm Gewehr ein noch größerer Riese an Pflichtbewußtsein, Arbeitsfanatismus und Willenskraft, die verkörperte Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit und Treue im Großen wie im Kleinen. Mit reinen Händen und ohne Neid ist er durch Arbeit und Kampf gegangen, aufrecht nach unten und oben. Er hat bescheiden, ja dürftig gelebt und ist arm gestorben. Aus hochgestimmter Menschlichkeit ist ihm die Kraft gereift, ein Kämpfer zu sein, wie es ihrer nicht viele gibt. Wie wird das rheinisch-westfälische Proletariat, wie werden wir alle Wilhelm Gewehr vermissen, wenn uns der Zeiten Bedrängnis mit eherner Stimme zu entscheidungs-schweren Kämpfen ruft!

Eine Ursache des Geburtenrückgangs.*

III.

Außer in Ziegeleien werden weibliche Arbeiter noch in anderen Gewerbebetrieben beschäftigt, in denen die Arbeit die nachteiligsten Folgen für Frauen, besonders für schwangere, hat. Es handelt sich dabei meist um Verrichtungen, die sehr großen Kraftaufwand fordern oder aber den Körper dauernd heftigen Erschütterungen aussetzen. Das eine wie das andere wirkt schädlich auf die Unterleibsorgane ein. Wir denken an die Beschäftigung von Arbeiterinnen in den gefährdrohenden Steinbruchbetrieben bei Herstellung von Stein- schlag und beim Aufladen und der Wegbeförderung großer Steinstücke. Des weiteren an ihre Verwendung in Zementfabriken, wo sie nicht nur beim Ausbessern schadhaft gewordener Säcke zu tun haben, sondern auch an den Ofen schlangen müssen. Frauen und Männer werden ferner beim Säckelarren auf unebenen Bahnen beschäftigt, einer Arbeit, bei der der ganze Körper einer anhaltenden heftigen Erschütterung ausgesetzt ist. Man beutet sie in Glashütten aus, wo sie bei höllischer Hitze, in Rauch und Staub bei Transportarbeiten und in der Schleiferei angetroffen wurden. In Braun- und Steinkohlenbergwerken haben Arbeiterinnen namentlich beim Kohlenscheiden, Trocknen und Verladen in Doris ziemlich dieselbe Arbeit zu verrichten wie die Arbeiter, obgleich die Widerstandsfähigkeit des weiblichen Organismus gegen Witterungs- und Betriebs- einflüsse weit geringer ist als die der Männer. Kurz, der Bericht der Berliner Gewerbeaufsichtsbeamten für 1899 kommt zu der Schlussfolgerung: „Die meisten Frauen ziehen sich die beobachteten Schäden nicht erst in der Ehe zu, sie bringen sie, wenigstens aber die Anlage dazu schon aus ihrer Tätigkeit als Mädchen, sei es in der Fabrik, sei es aus anderer Beschäftigung, mit.“

Bei den Arbeiten, wie wir sie soeben im Auge hatten, sind es mechanische Einwirkungen, die den weiblichen Organismus schädigen und damit die Fähigkeit herabmindern, normal zu gebären und gesunden Kindern das Leben zu schenken. In anderen Betrieben wiederum sind es verarbeitete Gifte, die die Gesundheit der Arbeiterinnen gefährden, die Mütter sind oder werden. In einer Fabrik elektrischer Glühlampen zeigten sich die Anzeichen der Quecksilbervergiftung bei den Frauen und Mädchen, die mit dem Instandsetzen von Quecksilber- lüftungspumpen beschäftigt werden. Diese Proletarierinnen kamen jedoch bald in ärztliche Behandlung und dann in andere Betriebsabteilungen. Die Fabrik führte außerdem das Patentverfahren der Gebrüder Birtsch in Fürstenthal ein, worauf in ihrem Betrieb die Vergiftungserscheinungen aufhörten. In anderen Fabriken jedoch treten sie nach wie vor auf.

Quecksilber in Salpetersäure gelöst wird seit langem in Gutfabriken zum Weizen der Hasen- und Kaninchenhaare verwendet, die zur Herstellung von Haarfilz dienen. Daß diese Verwendung nicht unbedenklich ist, darüber ist man sich klar. Man hat auch versucht, das Quecksilber durch ein sogenanntes Sekretärsalzmittel zu verdrängen, doch hat dessen Gebrauch nicht befriedigt, und so ist man meist zur Quecksilberlösung zurückgekehrt. Namentlich die Besteller aus Amerika machten es zur Bedingung, daß sie nur mit Quecksilber gebeizten Filz bekämen. Den „Anforderungen des Geschäfts“ wird meist Rechnung getragen. Und die Folgen davon für die Arbeiterinnen? In Göppingen erkrankte 1897 eine mit den betreffenden Arbeiten beschäftigte verheiratete Frau an heftigem Bittern der Hände, das deren Gebrauch vollständig unmöglich machte. Es waren deutliche Anzeichen von Quecksilbervergiftung, die Frau mußte ihre Arbeit aufgeben. Als im folgenden Jahre der Fabrikinspektor die Fabrik revidierte, wo sich dieser Fall ereignet hatte, wurden in der Abteilung für Feinfilzerei 17 Arbeiterinnen beschäftigt, darunter 10 verheiratete, von denen 5

* Vergl. Nr. 24 und 26 des 23. Jahrganges der „Gleichheit“.

guter Hoffnung waren. Eine dieser Arbeiterinnen zeigte schon besonders stark die Symptome der Quecksilbervergiftung. Der Aufsichtsbeamte erklärte mit Recht in seinem Bericht: „Wenn irgendwo das Verbot der Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken angezeigt erscheint, so ist es im vorliegenden Falle; denn es darf wohl angenommen werden, daß eine Mutter, die der Einwirkung des Quecksilbers bis zur Erkrankung ausgesetzt war, keine gesunden Kinder bekommen kann.“ Die Fabrik, die sich in einem ganz alten Gebäude befand, wurde geschlossen und nach Ulm in einen Neubau mit den besten Schutzvorrichtungen verlegt. Weitere Erkrankungen von Arbeiterinnen sind dort nicht bemerkt worden. In dem Gewerbeaufsichtsbezirk Frankfurt a. M., Wiesbaden und in Sachsen gibt es noch manche alte Haarfilzfabriken, in denen die Gefahr der Quecksilbervergiftung für die Arbeiterinnen nicht ausgeschlossen ist.

Der energische Kampf unseres verstorbenen Genossen Schönlanke hat seinerzeit dazu geführt, daß in den Quecksilberspiegelbelegen zu Fürth durchgreifende Maßregeln gegen die Vergiftungsgefahr ergriffen wurden. Den in den Sprengkapselbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen wird das dort verwendete Knallquecksilber wegen seiner Giftigkeit als durch seine große Explosivität gefährlich. Trotzdem werden mit dem Füllen der Sprengkapseln hauptsächlich junge Mädchen beschäftigt. Sehr gefährlich ist die Herstellung des Knallquecksilbers, wie ein tödlicher Unfall in Magdeburg zeigt. Beim Abdestillieren des zur Herstellung verwendeten Alkohols entwickelten sich nitrose Dämpfe, durch deren Einatmen ein Arbeiter tödlich erkrankte.

Das Blei spielt als Metall oder in Gemischen Verbindungen in der Industrie eine große Rolle. So gibt es eine erschreckend große Zahl von Gewerben, Beschäftigungsarten, Gantierungen, bei denen Frauen mit Blei, Bleiweiß oder anderen Erzeugnissen und Verbindungen zu tun haben, die dieses bössartige Gift enthalten. Es sei allein auf die Verwendung von Bleiweiß zum Bleichen von Garnen, Geweben, Stroh, Hüten usw. verwiesen. Und gerade die Verseuchung des weiblichen Organismus mit Blei wird der Mutterchaft und der Nachkommenschaft gefährlich. Die „Gleichheit“ hat früher schon reiches, einwandfreies Tatsachenmaterial darüber veröffentlicht, wie häufig Bleivergiftung der Arbeiterinnen zu Fehl- und Totgeburten führt wie zur Geburt von Kindern, die vor Ablauf des Säuglingsalters sterben oder zeitlebens schwach und siech bleiben. Von den vielen Vergiftungsmöglichkeiten durch Blei und bleihaltige Stoffe sei eine herausgegriffen, die viele Frauen und Mädchen bedroht. Es ist die Herstellung der Patentflaschenverschlüsse mit Firmenstempel auf den Porzellanköpfen. Bei ihr haben sich schon viele Arbeiterinnen heftige und langwierige Bleikolik zugezogen und dauernde Schädigungen erworben, die sich auf das keimende Leben übertragen. Gefährdet sind namentlich jene Arbeiterinnen, die die mit feuchter Ölfarbe bedruckten Köpfe in einen feinen Puder tauchen müssen, der vorwiegend aus Bleizucker besteht.

Das Zigarrenmachen erscheint den Kräften der Frauen und Mädchen recht angemessen, es wird ziemlich leicht erlernt, erfordert weder große Muskel- noch Nervenanstrengung, zeigt keine sinnensfalligen Gefahren wie Unfälle durch Maschinen usw. Außerdem können Frauen das Zigarrenmachen bald als Heimarbeit betreiben. Was Wunder da, daß zwei Drittel aller Beschäftigten in der Zigarrenindustrie weiblichen Geschlechts sind? Das Zigarrenmachen ist aber eine außerordentlich ungesunde Arbeit. Die gesundheitsgefährlichen Wirkungen des Nikotins, das in den Tabakblättern enthalten ist, werden noch durch die allgemeinen Arbeitsbedingungen gesteigert. Am meisten und gefährlichsten natürlich in der Heimarbeit, weil da alle Schutzmaßregeln fehlen, die das Gesetz für Fabriken und gleichgestellte Werkstätten vorschreibt. Der verderblichste Einfluß des

Zigarrenmachens tritt nicht sinnesfällig zutage. Es ist die Schwächung der gesamten Konstitution und infolge davon die abnehmende Kraft, eindringenden Krankheitsstoffen Widerstand entgegenzusetzen. Namentlich gilt das von dem Eindringen der Tuberkelbazillen. Diese sozusagen heimliche Wirkung des Zigarrenmachens läßt sich leider zahlenmäßig nie ganz erfassen. Jedoch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen liegt darüber zweifelsfreies Material vor. Die Tatsache ist ebenfalls aus den Gewerbeaufsichtsberichten zu erkennen. Die Arbeiterschaft aber wendet ihr viel zu wenig Aufmerksamkeit zu. Und doch liegt hier eine besondere Gefahr für die Mütter im Proletariat und den proletarischen Nachwuchs vor. Wir lassen daher einige entsprechende Feststellungen folgen.

Im preussischen Regierungsbezirk Minden ist die Zigarrenfabrikation stark vertreten, besonders in der kleinen Stadt Bünde ist der größte Teil der Bevölkerung damit beschäftigt. Hier fiel es dem Vorstand der Zigarrenarbeiterkrankenkasse auf, daß die Erkrankungsfälle und Erkrankungstage bei den Arbeiterinnen bedeutend zahlreicher waren als bei den männlichen Zigarrenmachern. Es fielen auf je 100 Mitglieder:

Bereich und Jahr der Angaben	Erkrankungsfälle		Erkrankungstage		Mitgliederzahl der Krankenkassen	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Für die Krankenkassenmitglieder:						
Im Deutschen Reich . . . 1895	37,3	31,2	625,2	591,0	—	—
In Preußen 1895	38,1	32,9	644,4	639,9	—	—
In Bünde für die Zigarren-						
arbeiterortskrankenkasse 1895	23,8	34,4	513,4	760,8	1180	1439
1896	23,8	31,9	478,7	760,0	1260	1542
In Minden für die Zigarren-						
arbeiterortskrankenkasse 1895	23,5	42,4	612,0	850,6	357	158
1896	21,8	35,2	662,4	975,9	354	145

Aus dieser Tabelle ergibt sich das Folgende: Im allgemeinen ist im Deutschen Reich und in Preußen bei den männlichen Mitgliedern der Krankenkassen die Zahl der Erkrankungsfälle und Erkrankungstage größer als bei den weiblichen Kassenmitgliedern. Bei den Zigarrenarbeitern ist jedoch das Umgekehrte der Fall. Hier entfallen auf die weiblichen Kassenmitglieder mehr Krankheitsfälle und mehr Krankheitstage. Nach den Erklärungen der Ärzte handelt es sich hauptsächlich um tuberkulöse Leiden und um Katarrhe der Luftröhre, des Magens und des Darmes. Ein Arzt in Bünde, der in Arbeiterkreisen viel beschäftigt ist, behauptet, daß rund 90 Prozent aller Todesfälle von Zigarrenarbeitern auf Tuberkulose zurückzuführen sind, verursacht durch Ansteckung in den Wohnungen oder in den Arbeitsräumen. Die meisten Ansteckungen erfolgen nach ihm dort, wo die Wohnung und der Arbeitsraum vereint ist; bei den weiblichen Zigarrenarbeitern trägt die ungenügende Ernährung zur Entwicklung der Proletarierkrankheit noch besonders bei. Namentlich in der Zigarrenheimindustrie waren die Arbeitsräume sehr klein und ungesund. In einem Raume von 14 Kubikmeter arbeiteten bei stets geschlossenem Fenster und mangelhafter Reinigung 6 Erwachsene und 6 Kinder, es kam also auf eine Person ein Luftvolumen von 1 1/2 Kubikmeter.* In einem Siedenhaus wurden die Einlieger mit Abrippen von Tabak beschäftigt, nur zwei stark Schwindsüchtige waren von dieser Arbeit befreit.

Der Gewerbeaufsichtsbeamte Dr. Wolf hat im Jahre 1902 die Erkrankung- und Sterbeziffern der männlichen und weiblichen Zigarrenarbeiter seines Bezirks, des Unterelsaß, an der Hand der Krankenkassennachweise für die Jahre 1897 bis 1902 festgestellt. Die durchschnittliche Erkrankungsziffer stellte sich für die erwachsenen männlichen Zigarrenarbeiter auf 28 Proz., für die weiblichen auf 35 Prozent. Für die mit Leiden der Atmungsorgane Behafteten

* Die Hygiene verlangt als Mindestmaß schon in gewöhnlichen Aufenthaltsräumen 10 Kubikmeter Luftvolumen für eine Person.

betrug sie für die jugendlichen männlichen Arbeiter 3,10 Proz., für die jugendlichen weiblichen aber 4,04 Proz., für die erwachsenen männlichen Arbeiter 4,6 Proz. und für die erwachsenen weiblichen Arbeiter 10,46 Proz. Alle diese Ziffern erweisen, daß die Erkrankungsziffern bei dem weiblichen Geschlecht wesentlich größer sind als beim männlichen. Der Gewerbeinspektor Dr. Seude im Bezirk Wesel ist bei seinen Untersuchungen über die Erkrankungsfälle und -tage der männlichen und weiblichen Zigarrenarbeiter zu dem gleichen Ergebnis gekommen. Von 1247 männlichen Zigarrenarbeitern erkrankten 227 = 18,2 Proz., von 178 weiblichen jedoch 62 = 34,8 Proz. Die durchschnittliche Dauer der Erkrankungen betrug bei den Zigarrenarbeitern 22,6 Tage, bei den Zigarrenarbeiterinnen 38,6 Tage und auf den Kopf sämtlicher beschäftigten Arbeiter berechnet bei den männlichen 4,1 Tage und bei den weiblichen 14 Tage. Dr. Seude hat auch die Kindersterblichkeit bei den Zigarrenarbeiterinnen beobachtet. Er fand, daß auf 100 Einwohner eines Ortes 1,14 Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben, von Zigarrenarbeiterkindern aber 3,61, also dreimal so viel. Im Amtsbezirk Pruchsal in Baden betrug die Sterblichkeit an Tuberkulose bei der Gesamtbevölkerung 0,21 Proz., aber bei den Zigarrenarbeitern und -arbeiterinnen und ihren Angehörigen 0,70 Proz.

Bedeutende Feststellungen hat Dr. Etienne in Nancy über den Einfluß der Verarbeitung von Tabak auf die Entwicklung des Kindes im Mutterleib und die Beschaffenheit der Muttermilch gemacht. 17 in Zigarrenfabriken beschäftigte verheiratete Frauen hatten zusammen unter 93 Geburten 8 Fehlgeburten. Das ist reichlich das Doppelte der sonst vorkommenden Aborte. Diese Zahlen lassen erkennen, daß schon für die vorgeburtliche Entwicklung des Kindes die Beschäftigung der Mutter bei der Zigarrenfabrikation nachteilig sein kann. Säuglinge, deren Mütter nach der Geburt nicht wieder in die Tabakmanufaktur gingen und selbst stillten, gediehen prächtig. Die Mütter von 8 anderen Kindern traten einige Zeit nach ihrer Entbindung wieder in die Fabrik ein und stillten auch dann ihre Kinder weiter. Diese 8 Kinder starben sämtlich in kurzer Zeit. Es scheint, daß sie von ihren Müttern mit in die Fabrik genommen und dort von ihnen gestillt wurden, so daß sie — abgesehen von anderem — den Schädigungen der Tabakluft ausgesetzt waren. 34 Kinder wurden erst ausschließlich an der Brust genährt, später aber, als die Mütter wieder in die Tabakmanufaktur gingen, den Tag über mit der Flasche; nur früh und abends erhielten sie die Muttermilch. Von diesen Kindern starben 6, eines davon war allerdings nur 6 Tage ausschließlich an der Brust genährt worden. Von 85 Kindern, die lebend von Zigarrenarbeiterinnen geboren wurden, starben in den ersten zwei Jahren 31, das sind 37 Proz., die meisten erlagen Brechdurchfall und Krämpfen. Die Zahl dieser gestorbenen Kleinen war mehr als doppelt so hoch wie die durchschnittliche Sterblichkeit der Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr bei der Arbeiterbevölkerung von Nancy.

Heinrich Vogel.

Ein Appell an die Arbeitermütter.

Das Heer der weiblichen Bureauangestellten wird nach jeder Schulenklassung ganz beträchtlich vermehrt. Die der Schule entwichenen jungen Mädchen werden durch die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr zur frühzeitigen Erwerbsarbeit gezwungen. Von den Berufs- in denen Frauen tätig sind, ist seit einigen Jahren der der Bureauangestellten ein recht begehrter. Auch viele Arbeitermütter veranlassen ihre Töchter, ihn zu ergreifen. Sie sind der Meinung, daß die Beschäftigung als Maschinenschreiberin und Stenographin eine leichtere und weniger aufreibende sei als die der gewerblichen Arbeiterinnen, auch halten sie den Beruf der Bureauangestellten für einen sogenannten besseren, der den Mädchen höheren Verdienst bringe.

Für einen kleinen Prozentsatz der weiblichen Bureauangestellten mag das zutreffen. Die große Mehrzahl von ihnen wird aber ebenso rücksichtslos von dem Unternehmer ausgebeutet wie jede andere Arbeiterin, ja oft sogar noch schlimmer, denn für die weiblichen Bureauangestellten besteht kein Arbeiterschutz, der den Arbeitstag festlegt und begrenzt. Ferner wissen die Arbeitgeber nur zu gut, daß hinter der einzelnen Angestellten keine große Organisation steht. Wenn das eine oder andere junge Mädchen sich gegen allzu große Arbeitsüberhäufung oder gegen andere Unzuträglichkeiten wehren will, so weiß der Herr Chef ganz genau, daß Dutzende, ja Hunderte gern bereit sind, die Stellung auszufüllen.

In den meisten Büros ist formell die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, aber die vielen Überstunden werden nicht gerechnet, die ohne Vergütung geleistet werden müssen. Früh morgens beginnt die Tätigkeit an der Schreibmaschine, den ganzen Tag hindurch ist es ein ewiges Hasten und Jagen, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn schon nach einigen Jahren die Nerven der jungen Mädchen vollständig heruntergewirtschaftet sind. Weiter sind Blutarmut, Magen- und Darmkrankungen unter den weiblichen Bureauangestellten stark verbreitet als Folgen der sitzenden Lebensweise. Eine andere ständige Kalamität sind die fast durchweg unvollkommenen und ungesunden Arbeitsräume. Sehr oft kommt es vor, daß vier bis fünf Maschinenschreiberinnen in einem kleinen Zimmer von vielleicht drei Meter Länge und ebensolcher Breite untergebracht sind. In diesem Raum stehen überdies alte Schränke und Regale mit verstaubten Akten, die ganz gewiß nicht zur Verbesserung der Luft beitragen. Eine ausreichende Ventilation fehlt fast überall.

Nun erst das Gehalt! Wenn man sich der Mühe unterzieht und die Zeitungsinserate liest, in denen Bureaupersonal gesucht wird, so bekommt man schon ein ungefähres Bild von der „Höhe“ der Gehälter. Angebote von 30 bis 40 M. für perfekte Kräfte sind absolut keine Seltenheit. Dies geht auch aus einer Statistik hervor, die der Verband der Bureauangestellten* über die wirtschaftliche Lage der deutschen Rechtsanwaltsangestellten aufgenommen hat.* Danach bezogen von 1087 weiblichen Angestellten, meist Stenographinnen und Maschinenschreiberinnen in den Rechtsanwaltsbüros, also in Betrieben, in denen ganz besonders hohe Anforderungen an die Tüchtigkeit gestellt werden und die tägliche Arbeitszeit wohl die höchste Stundenzahl aufzuweisen hat, ein Monatsgehalt von:

	15 M.	20 M.	25 M.	30 M.	35 M.	40 M.
16 bis 30	90	223	305	248	110	63
31 bis 50	223	305	248	110	63	19
51 bis 75	248	110	63	19	—	—
76 bis 100	110	63	19	—	—	—
101 bis 125	63	19	—	—	—	—
126 bis 150	19	—	—	—	—	—
151 bis 200	—	—	—	—	—	—
über 200	—	—	—	—	—	—

Die Schuld an dieser erbärmlichen Entlohnung liegt zu einem großen Teil an den Angestellten selbst. Ein sehr hoher Prozentsatz kommt aus bürgerlichen Kreisen. Es sind dies Töchter von Beamten und Kaufleuten, von sogenannten „besseren Familien“. Diesen jungen Mädchen kommt es weniger darauf an, ihren vollen Unterhalt, als sich ein Taschengeld und Toilettegeld zu verdienen. Gerade dadurch aber werden sie zu Lohnrückerinnen und sind ein Hindernis für den vorwärtstrebenden Teil der Angestelltenchaft.

Die Zahl der organisierten Frauen nimmt von Jahr zu Jahr zu, bei den weiblichen Bureauangestellten aber bricht sich der Organisationsgedanke leider nur sehr langsam Bahn. Oft ist das Standesbewußtsein, besser gesagt der Standesdünkel der jungen Damen schuld daran. Wie er sie auf die „gewöhnlichen Arbeiterinnen“ herabblenden und gar nicht füh-

* Wir werden demnächst ausführlich auf das Material zurückkommen, das dort über die Lage der weiblichen Bureauangestellten zusammengestellt worden ist.

len läßt, daß sie selbst vom Unternehmer genau so ausgenutzt werden wie diese, so hält er sie auch von der Organisation fern. Der Zustrom in den Bureauberuf von Frauen und Mädchen aus Arbeiterkreisen wird zwar immer stärker, aber auch bei diesen Proletarierinnen herrscht gegenüber der Organisation noch große Gleichgültigkeit und Denksaulheit. Durch das Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Berufsgenossinnen kommen sie in Verkehr mit diesen und nehmen dadurch nach und nach manchmal auch deren Gewohnheiten und Ansichten an. So vergessen sie oft ganz und gar, daß sie um nichts besser daran sind als Arbeiterinnen und nichts vor ihnen voraus haben. Unter diesem Teil der weiblichen Angestellten könnte manches günstiger stehen, wenn die jungen Mädchen daheim auf ihre Pflicht hingewiesen würden, sich in die Reihen der Berufsgenossinnen und -genossen zu stellen, die sich die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ziel gesetzt haben. Die Arbeitermütter können erheblich dazu beitragen, daß ihre Töchter den Weg zur Organisation finden. Sie müssen diese über die Schäden der unorganisierten Frauenarbeit aufklären und sie mit Vertrauen zu ihrem Berufsverband erfüllen. Wollen die Bureauangestellten ihre Forderungen auf bessere Arbeitsbedingungen siegreich durchsetzen, so sind sie auf die Mithilfe aller weiblichen Angestellten angewiesen, die einen großen Prozentsatz der in den Büros beschäftigten Personen ausmachen. Mögen diese Zeilen die Ausbreitung des Organisationsgedankens in den Reihen der weiblichen Bureauangestellten fördern, die dem Proletariat entstammen. Hat er hier erst festen Fuß gefaßt, so werden wir die Angestellten, die bürgerlichen Kreisen angehören, nach und nach auch für unsere Sache gewinnen können!

D.

Ein erfolgreicher Arbeiterinnenkampf in Nürnberg.

Der Lohnkampf in der Nürnberger Bürsten- und Pinselindustrie ist nach zwanzigwöchiger Dauer mit einem guten Erfolg für die Arbeiter und Arbeiterinnen beendet worden. Am Kampfe waren überwiegend Frauen und Mädchen beteiligt, schon aus diesem Grunde ist der Ausgang von besonderer Bedeutung. Weit über 1100 Arbeiterinnen und etwa 700 Arbeiter der Nürnberger Pinselindustrie waren im Sommer durch die schroff ablehnende Haltung der Unternehmer genötigt worden, die Arbeit einzustellen. Diese ließen ihren Ausgebeuteten keine andere Wahl, als zu streiken oder sich weiterhin mit den rückständigen, ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen abzufinden. Die Herren glaubten, die scharf einsetzende schlechte Konjunktur mißbrauchen zu können, um auf Jahre hinaus jede Verbesserung der Löhne abzuwehren. Erst als der Streik begonnen hatte, sahen sie sich veranlaßt, der Arbeiterschaft kleine Zugeständnisse zu machen, ihr so winzige Brocken besserer Arbeitsbedingungen zu bieten, daß die Arbeit nicht aufgenommen werden konnte. Innerhalb 3 Jahren sollten 3 1/2 Proz. Lohnerhöhung gewährt werden, Mindestlöhne und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung. Aber sogar ihre mäßigen Zugeständnisse nahmen die Herren später wieder zurück, mit Ausnahme der 3 1/2-prozentigen Lohnerhöhung. Nachdem sie dem Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe beigetreten waren, stellten sie der Arbeiterschaft obendrein die Bedingung, daß die Vertragsdauer 6 Jahre betragen sollte. Also zuerst das Versprechen von 3 1/2 Proz. Zulage in 3 Jahren, später — zur Strafe dafür, daß sich die Streikenden damit nicht zufrieden gaben, die Aussicht auf 3 1/2 Proz. Zulage in 6 Jahren! Mindestlöhne sollte es nicht geben, ebenso keine Arbeitszeitverkürzung.

Die Scharfmacher im Unternehmerlager führten den Nachkampf mit allen Mitteln. Die in der ganzen Welt bekannten Nürnberger Polizeier, diese vollendeten Handlanger des Unternehmertums, ließen alle Rücken und Rücken der

„Ordnung“ gegen die Streikenden spielen. Einige Spezialisten der Art überfielen Frauen und Mädchen in der schamlosesten Weise. Die Fachpresse der Unternehmer beschimpfte die Streikenden als Faulenzer und Eckensteher, sie verleumdete die Streikleitung und traktierte sie mit den niedrigsten und schmutzigsten Beleidigungen. Die gefährlichsten Elemente wurden als Arbeitswillige angeworben. Mit einem Wort: es erfolgte ein Kesseltreiben gegen die Streikenden, das jeder Beschreibung spottete. Und der Zweck der Übung? Das Unternehmertum der Büsten- und Pinselindustrie wollte unter allen Umständen dem Deutschen Holzarbeiterverband eine Schlappe beibringen, an die er denken sollte. Der Kampf muß für die Arbeiter verloren gehen, koste es, was es wolle! So und noch fanatischer, noch brutaler erscholl es aus Unternehmerkreisen.

Nach der Ansicht der Scharfmacher sollten die Arbeiterinnen die ersten sein, die mürrbe würden. Jedoch damit haben sich die Herrschaften verrechnet, und das gründlich. Von den 1100 streikenden Arbeiterinnen ist während des Kampfes ebensowenig eine einzige umgefallen, als von den 700 Arbeitern einer zum Judas geworden ist. Frau und Mann, jung und alt stand 20 Wochen lang fest und unentwegt wie eine Mauer. Und wie haben die Ausständigen für ihr gutes Recht gekämpft! Allen Schwierigkeiten und allen Schikanen der Gegner zum Trotz! Da gab es kein Murren und Baudern, keine Unbesonnenheit und kein Schwanken. Die Nürnberger Arbeiterinnen verstehen zu kämpfen, und wer Gelegenheit hatte, diese Bewegung zu verfolgen, dem bleiben die Eindrücke in ewiger Erinnerung. Die schmucklos, aber sauber gekleideten Pinselmacherinnen tragen den Kopf hoch, sie sind stolz und selbstbewußt. Bis in die späte Nacht hinein, wenn es sein mußte, waren sie auf ihren Posten. Bei dem Geduld und Ruhe erfordernden Dienst der Betriebskontrolle wie auch bei den Aufgaben der Verwaltungspraxis haben sie zwanzig harte Wochen lang in treuer Pflichterfüllung geleistet, was menschenmöglich war. Es war der Stolz dieser kämpfenden Arbeiterinnen, daß sie nicht hinter ihren Arbeitsbrüdern zurückstehen wollten. Die Scharfmacher hatten den innigen Zusammenhalt der ausgebeuteten, denkenden Frauen und Mädchen nicht in Rechnung gestellt. An ihm aber sind alle ihre Manipulationen gescheitert. Der frische Geist proletarischer Solidarität hat über das Kapital triumphiert.

Die Unternehmer mußten schließlich zu der Einsicht kommen, daß ihr starrer Herrenstandpunkt sich nicht aufrecht halten ließ. Sie waren gezwungen, sich zu Verhandlungen und Zugeständnissen zu bequemen. Anstatt 3 Prozent Zulage in 6 Jahren erhalten die Arbeiter nun 7½ Prozent in 3½ Jahren, außerdem an Stelle von Mindestlöhnen Akkorddurchschnittslöhne garantiert, und durch die Einführung von Einheitsakkordlöhnen eine weitere Lohnzulage. Im ganzen stellt sich damit die Lohnhöhung auf weit über 10 Prozent durchschnittlich. An Stelle eines 6jährigen Vertrags tritt ein 3½jähriger, über dessen eventuelle Verlängerung die Zentralvorstände der beiden Organisationen entscheiden sollen. Die Arbeitszeit wird auf 52 Stunden herabgesetzt, der durch die Arbeitszeitverkürzung entstehende Lohnausfall wird vom Unternehmer ausgeglichen. Eine Reihe sonstiger sehr wichtiger Vertragsbestimmungen schließen sich den erwähnten Zugeständnissen an. So können wir mit Freuden feststellen, daß das Ende nicht die Niederlage ist, die von den Unternehmern aufs innigste gewünscht wurde, vielmehr ein wohlverdienter Sieg der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Als nach langen, bangen 20 Wochen der Sieg verkündet wurde, haben vor Freude viele der Arbeiterinnen geweint, denen die bitterste Sorge nie eine Träne abgepreßt hatte. Und dann ein Durcheinander von Lachen und hellen Ausrufen. Da gab es kein Halten mehr. Für einige Minuten schien die nüchternste, ernste Besonnenheit, die feste Disziplin wie ausgelöscht, mit der der Kampf geführt worden war. Echte Leidenschaft und Freude forderten ihr Recht. 20 Wochen des Dagens und Bangens um den Ausgang des Ringens, aber auch 20 Wochen

ungebrochener Solidarität untereinander und treuesten Bestandes durch den Holzarbeiterverband. Das sind Tatsachen, die für immer in das Buch und Hirn der Nürnberger Pinselmacherinnen eingebrannt bleiben. Die moderne Arbeiterin ist langsam, aber sicher in die Reihen des kämpfenden Proletariats eingetreten. Gleichwertig und zuverlässig wie der aufgeklärte Arbeiter versteht sie den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen. Die Nürnberger Pinselmacherinnen haben ein glänzendes Zeugnis dafür gegeben. Ehre und weiterer Erfolg diesen tapferen, treuen Kämpferinnen!

R. H.

Aus der Bewegung.

Ferienspiele und Ausflüge für Arbeiterkinder in Remscheid.

In wirklich großzügiger Weise hatte der Bildungsausschuß in Verbindung mit Jugendausschuß und den tätigen Genossinnen die diesjährigen Ferienveranstaltungen vorbereitet. Dank der bis ins kleinste gut überdachten Vorarbeiten sind denn auch die kühnen Erwartungen auf den Erfolg übertroffen worden. Es fanden 31 Veranstaltungen statt — Spiele und Wanderungen —, an denen rund 8000 Kinder teilgenommen haben. An den Hauptspieltagen sind 500 bis 600 Kinder zusammengeströmt, und sogar einige Wanderungen hatten eine Beteiligung von 400 Kindern. Im Durchschnitt beteiligten sich an jeder der 31 Veranstaltungen 245 Kinder. Außer 21 Spieltagen wurden 4 Halbtagswanderungen und 6 Tageswanderungen veranstaltet, außerdem eine fünftägige Wanderung an den Rhein. An ihr nahmen hauptsächlich Mitglieder des hiesigen Kinderchors teil. Die letzte Tageswanderung galt den Bergischen Obstkammern. Daß es den Kindern unter unserer Leitung sehr gut gefallen hat, beweisen die Zahlen über die Beteiligung an unseren Spielen und Wanderungen. Nicht wir allein, auch unsere Gegner kümmerten sich dieses Jahr um die Kinder des wertvollen Volkes. Auch sie hatten Spiele und Wanderungen vorgesehen. Lehrer und Lehrerinnen stellten sich dafür zur Verfügung. In der Schule wurden den Kindern die Freuden dieser bürgerlichen Veranstaltungen in den glänzendsten Farben gemalt, die Teilnehmer erhielten Milch und Brötchen. Trotz der Anstrengungen der Gegner strömten uns die Kinder der Volksschulen in hellen Haufen zu. Und sie sind von uns nicht enttäuscht worden. Das wird jeder bestätigen, der die Kinder bei Spiel und Wanderung vergnügt und glücklich gesehen hat. Die zusammenwirkenden Genossinnen und Genossen waren mit ganzer Seele bei den Veranstaltungen. Man fühlte, wie ihnen das Herz aufging, wenn sie sich unter den Kindern bewegten. Den Abschluß unserer diesjährigen Ferienunternehmungen bildete das Sportfest der Arbeiterjugend auf der Spielmwiese. Es brachte Darbietungen der Arbeiterjugend, Lieder des Kinderchors, den Genosse Drengel leitet, Spiele aller Art usw. Hier konnten die Eltern beobachten, in welcher Weise für ihre Kinder während der Ferien gesorgt worden war. Der Jubel zu diesem Kinder- und Jugendfest war außerordentlich stark. Wir dürfen hoffen, daß die Ferienveranstaltungen dem Leib und der Seele der Kinder wohlgetan haben, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen und das meiste entbehren müssen, was den Kleinen der Wohlhabenden als selbstverständlich zufällt. Wir hoffen aber auch, daß unsere Fürsorge für die proletarischen Kleinen dazu beigetragen hat, das Gefühl proletarischer Zusammengehörigkeit zu wecken und zu entwickeln. Und das nicht bloß bei den Kleinen, sondern auch bei den Großen. In dieser Überzeugung rüsten wir frohen Mutes, um weitere Aufgaben zu erfüllen.

Frau Wötlicher.

Ferienausflüge der Schulkinder in Essen. Eine Kommission der Genossinnen in Essen ließ sich in diesem Sommer angelegen sein, für die proletarischen Kinder während der Schulferien Ausflüge zu veranstalten. Die Bestrebungen der Kommission waren von einem vollen Erfolg gekrönt. Die Zahl der Kinder, die an den fünf Nachmittagsveranstaltungen teilnahmen, stiegen von Mal zu Mal. Sie betrug 500, 700, 1200, 1600 und schließlich 2200. Eine so große Teilnehmerzahl hatte niemand erwartet, sie ist der sprechendste Beweis dafür, daß die Ausflüge einem tiefempfundenen Bedürfnis entgegenkamen. Die Kinder sammelten sich an vier Stellen der Stadt, die Kleinen unter sechs Jahren in Begleitung Erwachsener. Gemeinsam und mit Gesang zogen sie dann unter Führung der Kommissionsmitglieder der Schillerwiese zu, einem großen, rings von Wald umgebenen städtischen Spielplatz. Hier entwickelte sich ein fröhliches Treiben. Reigen, Gesellschafts- und Ballspiele, Taugziehen und Sadlaufen ergözte die liebe Jugend. Es

war eine Freude, zu beobachten, mit welcher gesunder, überschäumender Fröhlichkeit die Kinder sich vergnügten und trotz aller Ausgelassenheit doch willig den Anordnungen der Spielleiter Folge leisteten. Schließlich ging es wieder in Reih und Glied nach den Ausgangsstellen, von wo aus die Kinder ihrem Heim zusteuerten. Unzuträglichkeiten gab es nicht. Wenn es je einmal vorkam, daß sich ein Kind verirrt, so sorgten schon die anderen kleinen Ausflügler dafür, daß es sich wieder zurecht fand. Den ersten Tag ausgenommen erhielt jedes Kind, ob groß, ob klein, eine große Drehel als Geschenk. Die wurde an einem bunten Bändchen gleich einer Kriegsbeute um den Hals getragen und mit nach Hause genommen. Im ganzen kamen 5700 Dreheln zur Verteilung. Die gesamten Unkosten der Spaziergänge beliefen sich auf 333,57 Mk. Sie wurden vom Gewerkschaftsverband, dem Sozialdemokratischen Verein, dem Metall-, Vergarbeiter- und Bauarbeiterverband gemeinsam bestritten. Die Kommission, die kaum aus einem Duzend Genossinnen bestand, hatte eine Riesenaufgabe zu bewältigen. Außer den Ausflügen fanden jede Woche zwei besondere Sitzungen statt, die der besseren Organisation und Ausgestaltung des Unternehmens dienten. Die eine Sitzung befaßte sich mit einem Rückblick auf den vorhergegangenen Ausflug, stellte die zutage getretenen Mängel fest und entwarf das Programm für den nächsten Ausflug. Die zweite Sitzung war Anregungen und der Erlernung neuer Spiele gewidmet, sie brachte eine Art praktischen Anschauungsunterrichts für die Genossinnen. Diese unterzogen sich ihrer freiwillig übernommenen Aufgabe mit wachem Feuereifer, ihre Opferwilligkeit und Schaffenskraft war bemerkenswert. In dem Maße, wie die Teilnehmerzahl wuchs, stieg auch ihre Arbeitsfreudigkeit. In der Fürsorge für die Jugend, in der liebevollen Hingabe an sie, waren sie recht eigentlich in ihrem Lebenselement. Unstreitig eröffnen die Ferienausflüge, Spiele, Märchenabende usw. ein Tätigkeitsfeld, wo viele unserer Genossinnen mit der höchsten Befriedigung wirken können. Alles in allem waren die Ferienspiele ein Versuch, der trefflich gelungen ist und bei alt und jung freudigen Widerhall gefunden hat. Nächstes Jahr Wiederholung, das ist der allgemeine Wunsch der Teilnehmer. Allen, die zum Erfolg der Spaziergänge beigetragen haben — den Genossinnen, Helfern, Spendern —, sei an dieser Stelle für ihr Wirken und ihre Opfer bestens gedankt. w.

Politische Rundschau.

Das vor kurzem auch auf der Leipziger Tagung des Zentralverbandes der Industriellen Kundengebene engere Bündnis zwischen Schwerindustrie und Agrariern läßt den Reaktionen den Kamm schwellen. Sie beginnen unverfälschtes Russisch zu reden. In dem Scharfmacherblatt „Die Post“ fordert der preussische Junker und Führer der Freikonservativen v. Jedlich die Regierung auf, dem politischen Massenstreik mit der Kriminaljustiz entgegenzutreten. Der politische Massenstreik müsse strafrechtlich auf dem gleichen Fuße behandelt werden wie bewaffneter Aufruhr. Schon die Propaganda, Aufforderung und Vorbereitung zum politischen Massenstreik müsse unter schwere Strafe gestellt werden. Besondere Würze erhält diese Auslassung durch den Vergleich einer solchen gegen die Arbeiter gerichteten Gesetzgebung mit der gegen die „Herren Mörder und Diebe“. Herr v. Jedlich hat vergessen, zu bemerken, daß, wenn der revolutionäre Arbeiter als Mörder und Dieb behandelt werden soll, der Mörder und Dieb von Profession zur Leibgarde der „Ordnung“ gemacht werden muß. Wenn er den ehrlichen Arbeiter zum Verbrecher stempelt, so muß er gleichzeitig den Verbrecher ehrlich machen. Vielleicht holt Herr v. Jedlich das noch nach.

Der Wehrbeitrag der Fürsten wandelt sich immer mehr in einen Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler um. Für den einmaligen Wehrbeitrag lassen sich die Fürsten durch dauernde Erhöhung der Zivilliste schadlos halten. Die Besteuerung der Fürsten verwandelt sich so im Handumdrehen in eine Besteuerung für die Fürsten. Nach Baden und Württemberg kommt jetzt die bayerische Krone und fordert Erhöhung der Zivilliste, und zwar gleich um mehr als eine Million, genau um 1 068 950 Mk. Diese Forderung, die bei Eröffnung des bayerischen Landtags vom Finanzminister gestellt wurde, ist offenbar auch die einzige, die dringlich ist. Der bayerische Finanzminister mußte feststellen, daß die Staatseinnahmen nur mit Mühe mit den Ausgaben im Gleichgewicht erhalten werden können, er mußte einräumen, daß die Einkommensteuer auf dem Lande, insbesondere in Niederbayern, zurückgeht, weil die wirtschaftliche Lage der Kleinbauern sich zusehends verschlechtert. Und was schlägt der bayerische Finanzminister in einer solchen Lage vor? Eine Mil-

lion jährlich Aufbesserung für die Krone und für das Volk — nichts! Die dringlichsten Forderungen, die die Notlage der städtischen Arbeiterschaft und des Kleinbauernums erheischen, werden gestrichen, Stempel und Gebühren werden erhöht: aber die Krone muß eine Million jährliche Zulage haben! Die Arbeitslosenunterstützung, die gleichzeitig auf der Tagesordnung der Eröffnungssitzung stand, mußte zurückgestellt werden. Natürlich, die Not der Krone geht vor!

Daselbe Schauspiel im Parlament der Republik Hamburg. Der Hamburger Senat verlangte eine Gehaltsaufbesserung für die rechtsgelehrten Senatoren von 25 000 auf 30 000 Mk. und für die kaufmännischen Senatoren von 12 000 auf 15 000 Mk. Der Antrag wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Der gleichzeitig auf der Tagesordnung stehende Antrag auf Arbeitslosenunterstützung aber wurde vertagt. Der ist ja weniger dringlich!

Wo die großen, kleineren und kleinsten Monarchen ihre Pfeifen schneiden, darf ein verehrlicher Adel nicht fehlen. Die neue Militärvorlage erfordert den Ankauf von 40 000 Pferden. Die Veröffentlichungen eines ostpreussischen Gutsbesizers zeigen nun die Pferdeankaufskommission in einer überaus liebevollen und wohlthätigen Rolle gegenüber den Pferdebesitzern und Pferdehändlern.

Nun wieder in höhere Regionen! Ein Militär macht in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ Angaben über die Stellung des Kaisers zur Jungdeutschlandbewegung, die nicht ohne Interesse sind. Der Kaiser, heißt es da, habe der Bewegung anfangs ziemlich kühl gegenübergestanden. Einmal, weil er für möglich hielt, daß schwarz-rot-goldener Turnergeist in sie einziehe statt des unverfälscht schwarz-weißen Patriotismus, und dann, weil er nicht glaubte, daß die Bewegung über enge bürgerliche Kreise hinausgehen werde. Darüber hat ihn nun seine Umgebung beruhigt, und sie hat ihm den Jungdeutschlandbund ausdrücklich als Niegel gegen das Umsichgreifen der „Umsturzpartei“ empfohlen. Der Kaiser hat daraufhin „zu wiederholten Malen dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß es gelingen möge, auch die Knaben der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen und sie dem betrüblichen Einfluß der sozialdemokratischen Verheerung zu entziehen“. Die Beteiligung aktiver Offiziere an der Jungdeutschlandfrage wird nach diesem Gewährsmann vom Kaiser nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich befürwortet. Geist und Richtung der Jungdeutschlandbewegung konnten nicht scharfer gekennzeichnet werden als durch diese Angaben. Es ist derselbe Geist, der folgendes Vorkommen durchweht. In Thüringen wurde eine militärische Übung ausschließlich mit Reservisten und Landwehrlieuten abgehalten. Zu Beginn der Übung schreibt das Regimentskommando an das *Sotthaeer* Parteiblatt, die Übung der Reservebrigade sei „geheim“, und es sei deshalb „unstatthaft“, daß die Presse irgend etwas davon erwähne. Das Regimentskommando glaubt also die Presse kommandieren zu können, wie es die Soldaten kommandiert. Der Erfolg der Übung zeigte übrigens, daß man alle Ursache hatte, sie „geheim“ zu halten. Denn sie erforderte eine große Zahl von Erkrankungen.

Kühne Hoffnungen auf eine neue Ara in Württemberg erweckte der Ausfall der Landtagswahl im Oberamt Nottweil. An Stelle eines Zentrumsmannes wurde hier mit Hilfe der Sozialdemokratie ein Liberaler gewählt. Während vorher im Landtag Konservative und Zentrum zusammen genau gleichviel Mitglieder zählten wie Liberale und Sozialdemokraten zusammen, haben sie jetzt eine Stimme weniger. Es versteht sich, daß diese minimale Verschiebung im Parlament keinen wesentlichen Einfluß auf die Landespolitik haben kann.

Die sächsische Regierung, die so unentwegt für die zuchtunfähigen Beschlüsse des Zentralverbandes der Industriellen und für den Zusammenschluß dieses Verbandes mit dem Bund der Landwirte eingetreten ist, hat damit anscheinend nicht ganz den Geschmack des Verbandes sächsischer Industrieller getroffen. Der sächsische Industriellenverband ist nämlich national-liberal, und die Unterstützung des Zentralverbandes würde dem Bund der Landwirte und den Konservativen in erster Linie politisch zugute kommen. Die sächsische Regierung erklärt aber laut, daß ihr der Zentralverband mit seinen 55 000 Mitgliedern weit wichtiger sei als der sächsische Industriellenverband mit seinen 5000.

In den deutschen Kolonien werden die Jügel gegen die Eingeborenen strenger angezogen. Das Sinken der Kaufschutpreise veranlaßte die Plantagenbesitzer von Deutsch-Ostafrika und Kamerun, von der Regierung die Einführung dreijähriger an Stelle der bisherigen einjährigen Arbeitskontrakte für eingeborene Arbeiter zu verlangen. Der Eingeborene würde dadurch vollends zum Sklaven. In Deutsch-Südwestafrika scheinen die Farmer

einen systematischen Vernichtungskrieg gegen die Buschleute zu führen. Bei einem Zusammenstoß zwischen Farmern, Schutztruppen und Buschleuten im Norden der Kolonie wurden von letzteren eine ganze Anzahl erschossen. Der Kolonialsekretär Solf kommt mit einer Reihe von Eisenbahnplänen von seiner Afrika-reise zurück. Ihre Ausführung wird das Volk zu bezahlen haben.

In der Schweiz erregte folgender Vorfall großes Aufsehen. Bei den Gebirgsmärschen der 18. schweizerischen Infanteriebrigade ließen die Offiziere die Mannschaft nach schwerem Gefecht während der Besprechung auf der Paghöhe des Flüela (2390 Meter) bei Schneesturm in Achtungstellung stillstehen. Nach zwei Stunden wurde das der Mannschaft zu dumm; sie marschierte samt Subalternoffizieren ab ins Tal und ließ ihre Offiziere oben auf dem Paß stehen. Das Charakteristische an dem Vorfall ist nicht sowohl der Abmarsch der Mannschaft als die Zumutung der Offiziere an sie. Diese beweist, daß der Geist des preußischen Drills unaufhaltsam in die Schweizer Miliz eindringt. Die Entfaltung der modernen Klassengegensätze löst die alte Miliz auf, deren Grundlage unentwickelte Kleinbürgerlich-bäuerliche Verhältnisse gewesen waren. Das schweizerische Bundesparlament und der Oberkommandierende Wille der Schweizer Armee treiben die Umformung der Miliz in eine gewöhnliche Drillarmee bewußt voran.

In England ist ein riesenhafter Unternehmerverband gegründet worden, der sich „Schuhverband der Arbeitgeber des Vereinigten Königreichs“ nennt. Der Verband will einen Garantiefonds von einer Milliarde Mark als Kriegskasse der Unternehmer gegen streikende Arbeiter zusammenbringen. Der Zweck dieser Kriegsorganisation der Unternehmer ist, die Gewerkschaften, die sich immer mehr in Kampforganisationen verwandeln, in ihre alte friedfertige Stellung zurückzuwerfen. Das ist aussichtslos. Die Wirkung wird die entgegengesetzte sein von der gewollten: die Entfesselung größerer Massenkämpfe als je zuvor. In Dublin ist eine Einigungscommission von je sechs Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer unter dem Vorsitz des Regierungsvertreeters Asquith zusammengetreten, um den Kampf zu schlichten. Die englischen Gewerkschaften wetteifern in finanzieller Unterstützung ihrer irischen Arbeitsbrüder.

In Osterreich wird jetzt die Kostenrechnung für den Balkankrieg präsentiert. Die Mobilisierung der Truppen während des Krieges, die Erhöhung der Präsenzstärke des Heeres und die Verstärkung der Flotte um zwei Großkampfschiffe nach dem Krieg erfordern über eine halbe Milliarde Kronen. Wohin die Verstärkung der Flotte zielt, zeigt der jüngst aufgetauchte Vorschlag, daß Osterreich sich in Kleinasien, in Sizilien, eine „Interessensphäre“ schaffen soll. Damit würde auch außerhalb Europas eine Reibungsfläche mit dem Dreibundgenossen Italien gefunden werden. Obnehin ist das Verhältnis zu diesem Land in letzter Zeit stark getrübt worden durch die Mißwirkung des Balkankrieges und der durch ihn geschaffenen Verhältnisse. Albanien scheint im Verhältnis zwischen Osterreich und Italien dieselbe Rolle spielen zu sollen wie früher Schleswig-Holstein zwischen Osterreich und Preußen. Italienerfeindliche Maßregeln der Statthalterei von Triest und Tirol haben die gegenfeitige Mißstimmung verstärkt.

Auf den zweiten folgt nunmehr der dritte Balkankrieg. Die Albanesen haben sich gegen die Serben erhoben und sind in das neuserbische Gebiet vorgezogen. Sie werden jetzt in blutigen, grauenvollen Kämpfen von den Serben zurückgeworfen. Diese sind bereits tief in das Gebiet des eigentlichen Albanien einmarschiert. Griechische Truppen wirken mit den serbischen zusammen, und auch die Montenegriner haben wieder zu den Waffen gegriffen. Serbien, das Miene machte, den Abwehrkrieg in einen Eroberungskrieg zu verwandeln, um neue albanische Gebiete an sich zu reißen, ist dabei auf den Widerstand Osterreichs gestoßen. Der unmittelbare Anlaß des albanischen Aufstandes ist die unsinnige Abgrenzung des albanischen Gebiets durch die europäischen Mächte. Eine Reihe albanischer Volksstämme und auch bulgarische Bevölkerung ist dadurch unter serbische Herrschaft gekommen. Ferner aber reizte Bulgarien, das nach einem Revanchekrieg brennt, die Albanesenführer auf, während Osterreich diesen Waffen und Munition lieferte. Bulgarische Warden und Offiziere kämpften auf Seiten der Albanesen. Schließlich aber hat die russische Regierung verschärfte Bestimmungen gegen Entziehung vom Waffendienst erlassen hat. Die

serbische Sozialdemokratie hat energischen Protest gegen den neuen Krieg eingelegt. Sie fordert friedlichen Zusammenschluß der Balkanstaaten als einziges Mittel, zu dauerhaftem Frieden zu gelangen. Die Aussichten dafür sind aber gering. Der Abschluß des Friedens mit Bulgarien und der Ausbruch des Albanesenkriegs hat das Machtbewußtsein der Türkei so gehoben, daß sie in den Friedensverhandlungen mit Griechenland eine Revision der Bestimmungen der Londoner Votschafterkonferenz über die griechischen Inseln zu ihren Gunsten verlangt. Zahlreiche türkische Truppen treffen aus Kleinasien in Konstantinopel ein.

Während der Balkan wieder in Flammen steht, sind russische Truppen in die Mongolei eingerückt. Japan hat auf Drängen Englands seine Absicht, die Aufteilung Chinas auf eigene Faust zu beginnen, einstweilen zurückgestellt und sich mit der Beantwortung seines Ultimatums durch China begnügt. Zum Präsidenten der chinesischen Republik wurde, wie vorausgesehen war, Sunshikai gewählt.

In den Vereinigten Staaten ist der neue Zolltarif am 4. Oktober vom Präsidenten unterzeichnet und damit Gesetz geworden. Entsprechend den Interessen der rasch aufgeschlossenen Fertigindustrien der Vereinigten Staaten bringt der neue Zolltarif eine beträchtliche Herabsetzung der Schutzzölle. a. th.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Lohnkämpfe im Jahre 1912, über die eine kürzlich veröffentlichte Statistik berichtet, standen bereits etwas unter dem Einfluß der niedergehenden Wirtschaftskonjunktur. Zwar ist die Zahl der an den Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter höher als im Vorjahr mit seiner günstigen Wirtschaftslage, doch hat der Vergarbeiterstreik im Ruhrrevier dieses Zahlenergebnis erheblich beeinflusst. 9961 Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellungen wurden geführt von 1254358 Personen, jedoch der Vergarbeiterstreik allein stellte dazu 237732. Zieht man diese von der Gesamtzahl der Kämpfenden ab, so verbleibt etwa die gleiche Zahl Beteiligter wie im Vorjahr. Die ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen haben wieder ein wenig zugenommen. 1912 machten sie 71,6 Prozent aller Lohnkämpfe aus. Seit dem Jahre 1905, in dem zum erstenmal die Erhebungen auch auf diese Bewegungen ausgedehnt wurden, ist ihr Prozentsatz von 56,1 auf 71,6 gestiegen. An Gesamtkosten wurden von den Gewerkschaften über 11700000 Mk. für Lohnbewegungen aufgewendet. Während die Zahl der Streiks zurückgegangen ist, wurden Aussperrungen in vermehrter Zahl verhängt. Auch war der Ausgang der Bewegungen im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. 61,7 Prozent davon waren erfolgreich, 16,4 Prozent teilweise erfolgreich und 19,9 Prozent erfolglos. Doch haben die Unternehmer mit den Aussperrungen nicht gut abgeschnitten. Von den 356 Aussperrungen endeten 52,1 Prozent, also über die Hälfte, für die Arbeiter erfolgreich. Durch die Bewegungen wurden insgesamt erreicht: eine Arbeitszeitverkürzung für 378185 Personen von zusammen 830151 Stunden pro Woche und eine Lohn-erhöhung für 530021 Personen von 946061 Mk. pro Woche. Außerdem erhielten 388563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. In 4804 Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen. Neben 282264 Arbeitern waren 20851 Frauen unmittelbar an Kämpfen beteiligt. Fuß für Fuß muß sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen, und ebenso zäh hat sie das Errungene zu verteidigen. Ihr Ringen wäre nicht so mühevoll und es brächte reichere Frucht, wenn nicht noch Hunderttausende Ausgebeuteter in Verkennung ihrer Klassenlage abseits von den geschlossenen Kampfesreihen ständen. Gerade jetzt in der Zeit der wirtschaftlichen Krise ist der Zusammenschluß der Proletarier mehr als je notwendig. Es geht darum, die errungenen Arbeitsbedingungen zu behaupten, es gilt die Familien der Arbeitslosen vor der äußersten Not zu bewahren.

Im Steintiner Hafenarbeiterstreik übertrumpft die städtische Behörde als Unternehmer jeden Scharfmacher. Der Steintiner Magistrat hat nämlich den Hafen an den berüchtigten Arbeitswilligenlieferanten Hesserberg aus Hamburg verpachtet. Der Mann schaltet und waltet dort mit seinen Streifbrecherkolonnen, die aus den Kaschemmen der Großstädte zusammengelesen sind. Diese Herrschaften schützen sich nicht nur selbst durch Gummiknütel und Revolver, sondern selbstverständlich tut die Polizei noch ein übriges zu ihrem und ihres Soldherren Schutze. Alle Verhandlungsversuche schlugen bisher fehl. Wenn Privatunternehmer mit saurer Miene die Hilfe des Hesserbergischen Haus-

reißergesindels in Anspruch nehmen, so hielten sie sich doch den Herrn selbst weit vom Leibe. Der Stettiner Magistrat ist vorurteilslos, er tritt mit Herrn Hesseberg selbst in Arbeitsgemeinschaft. Die Steuerzahler aber haben das Maul zu halten, wenn mit ihrem Gelde die Dienste Ehrenmannes bezahlt werden.

Eine Lohnbewegung der städtischen Reine-mach-frauen in Neuföllin hat der Gemeindegewerkschaftsverband eingeleitet. Die im Rathaus und in den städtischen Schulen beschäftigten Reine-mach-frauen fordern den Abschluß eines Tarifvertrags unter gleichzeitiger Erhöhung ihrer Löhne um 8 bis 5 Mk. im Monat. Bis jetzt werden noch Löhne von 21 bis 26 Mk. monatlich gezahlt. — Die Aussperrung in den Brennaborwerken in Brandenburg a. d. S. hat mit einem Erfolg für die Arbeiter gedeut. — In der Berliner Glasindustrie ist seit dem 1. Oktober ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen eine allmähliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bis auf 50 Stunden; sie soll im Jahre 1915 erreicht sein. Verhandlungen führten bisher zu keinem Ergebnis.

Der Tarifkampf im Karlsruher Metzgergewerbe ist in ein neues Stadium getreten. Die Aussperrten haben unter Zustimmung des Gewerkschaftsstellens beschlossen, eine eigene Schlächtereierei und Würstlereierei in Form einer Gesellschaft m. b. H. zu gründen. Die proletarischen Frauen müssen durch Unterstützung dieses Unternehmens den prologischen Schlächtermeistern Respekt vor der gewerkschaftlichen Organisation und den Forderungen der Arbeiter beibringen.

Die Unternehmer im Malergewerbe in Rheinland und Westfalen verharren unentwegt im Tarifbruch, und der Unternehmerverband macht keine Miene, sie zur Einhaltung der Abmachungen ernstlich zu zwingen. Die jetzige Arbeitslosigkeit ist den Tarifbrechern günstig, und hinter ihnen stehen außerdem sicher die großindustriellen Scharfmacher. Und solche Leute behaupten verleumderisch, daß die Arbeiterorganisationen keine Bürgerpflicht für die Einhaltung der Tarifverträge böten, und solche Leute verlangen die Hinterlegung von Tausenden von Mark, um bei Tarifbruch sich schadlos halten zu können.

Wie die Sicherheitsmänner im Bergbau als „weiße Salbe“ wirken, hat sich jüngst wieder erwiesen. Den Sicherheitsmännern steht bekanntlich die Kontrolle in den Gruben zu. Sie sollen in einem Buche Eintragungen über angetroffene mangelhafte Einrichtungen machen, die Leben und Gesundheit des Bergmanns gefährden. Die Bergbehörde hat dann auf Abstellung der beregten Mängel zu dringen. Nach dem Berggesetz können Sicherheitsmänner während ihrer Amtsperiode nicht entlassen werden, es sei denn, sie machten sich grober Verstöße gegen die Arbeitsordnung oder das Berggesetz schuldig. Die Grubenverwaltungen aber wissen schon sich der unbequemen Sicherheitsmänner zu entledigen, die es mit ihrem Amte ernst meinen. Auf einer fiskalischen Grube im Saarrevier wurde eine Steigerabteilung einfach aufgelöst und auf diese Weise das Mandat des Sicherheitsmanns zum Erlöschen gebracht. Nebenbei bemerkt war der Betreffende Mitglied des alten Bergarbeiterverbandes. Er wurde nach einem anderen Schacht verlegt, wo er erheblich weniger verdiente. Nach dem Erlöschen seines Mandats ließ man die aufgelöste Steigerabteilung wieder aufleben und einen neuen Sicherheitsmann wählen, einen „gelben“. So ist nun alles in bester Ordnung. Das geschah in einer staatlichen Grube. Was ist da erst von Privatunternehmern zu erwarten? Die christlichen Bergarbeiterführer waren im preussischen Abgeordnetenhaus des Lobes voll, welche sozialpolitische Wohltat die Sicherheitsmänner für die Bergarbeiter darstellen. Seither schweigen sie alle Schiltanierungen und Verfolgungen der Sicherheitsmänner tot und zählen lieber aus ihrer Verbandskasse Entschädigungen für die Sicherheitsmänner, die durch die Verwaltungen der Saargruben im Verdienst geschmälert werden. Das nennt man Verteidigung der Arbeiterinteressen.

Gute gewerkschaftliche Tendenzen bei ihrer weiteren Ausgestaltung zeigt die Organisation der Schauspieler und Schauspielerinnen. Die Genossenschaft deutscher Bühnengänger hat als Neuerung eine Engagementsvermittlungstelle eingerichtet, die keine Agentur ist, sondern ein kostenloser Stellennachweis. Durch diese Einrichtung könnte dem schändlichen Unwesen der Theateragenturen entgegen gewirkt werden. Auch eine Reisedarlehenskasse kam zur Einführung. Den Mitgliedern wird daraus bei neuen Engagements das Reisegeld als Darlehen vorgeschossen. Daneben besteht eine Engagementslofenkasse, aus der pro Tag 1,50 Mk. im Falle der Beschäftigungslosigkeit bezahlt wird. Endlich stellt sich eine Kostümmittelsstelle auf, in erster Linie den weiblichen, aber auch den männlichen Mitgliedern Ko-

stüme und moderne Garderoben zu angemessenen Preisen zu liefern.

Die Organisationszersplitterung in der Handlungsgehilfenbewegung haben sich neulich in Berlin die wohlverdiente Abfuhr geholt. Der aus dem vertrachten Bund der kaufmännischen Angestellten hervorgegangene Allgemeine Verband der kaufmännischen Angestellten hatte dort zur Gründung einer Ortsgruppe eingeladen. In der Gründungsversammlung suchte man den Versammelten vorzumachen, daß der neutralgewerkschaftliche Gedanke unter den Handlungsgehilfen marschiere. Doch die Versammlung zeigte dafür kein Verständnis. Die geplante Gründung einer Ortsgruppe kam nicht zustande, dagegen wurde eine Resolution angenommen, die den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfeninnen als gewerkschaftliche Organisation der im Handelsgewerbe Ausgebeuteten erklärte. Ein neuer Verband fehlte in der Handlungsgehilfenbewegung gerade noch! Die bestehende weitgehende Zersplitterung erschwert schon jetzt eine tatkräftige Interessenvertretung ganz erheblich. Erfreulich erscheint es uns, daß zwischen den beiden verwandten Verbänden, dem der Handlungsgehilfen und dem der Bureauangestellten, die Frage der Verschmelzung erwogen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung macht eine Zusammenfassung aller Kräfte nötig.

Die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen haben in manchen Orten schon stattgefunden, in anderen stehen sie noch bevor. Soweit ein Überblick schon möglich ist, haben die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Kandidatenlisten große Mehrheiten der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Man verzeihe jedoch für die noch ausstehenden Wahlen nicht, daß der Wahlausfall nicht mehr wie früher durch die absolute Mehrheit entschieden wird, sondern daß das System der Verhältniswahl über die Vertreter entscheidet. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Vertreter in den Krankenkassen die treuesten und konsequentesten Befechter der Rechte der Mitglieder sind. Sie streben danach, die Klassenleistungen den Interessen der Arbeiter und Arbeiterfamilien voll nutzbar zu machen bis zu den Grenzen, die die Gesetzgebung leider ihrem Wirken gezogen hat. Und wie sie innerhalb dieser Grenzen auf die besten Leistungen der Klassen bedacht sind, so treiben sie auch zur Reformierung der Krankenversicherung selbst. Deshalb dienen die Arbeiter und Arbeiterinnen nur ihren ureigenen Bedürfnissen für die Tage der Krankheit und Not, wenn sie mit ganzer Energie dafür eintreten, daß die Stimmen sich auf die Kandidaten der freien Gewerkschaften häufen. Die „Gleichheit“ hat wiederholt daran erinnert, daß auch die großjährigen weiblichen Klassenmitglieder Wahlrecht und Wahlberechtigung zu den Ausschüssen der Krankenkassen besitzen. Sie hat eingehend dargelegt, wie wichtig es ist, daß sie dieses ihr Recht ausnützen und mit voller Einsicht ausnützen. Keine Genossin in Gewerkschaft und Partei darf verabsäumen, ihre Kraft rückhaltlos in den Dienst dieser Wahlbewegung zu stellen. Auch sie ist ein bedeutsames Stück Kampf um die Wahrung der Interessen des arbeitenden, ausgebeuteten Volkes. Darum auch hier bis zur letzten der noch ausstehenden Wahlen: An die Arbeit, in den Kampf! #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Den Sumpf der christlichen Gewerkschaftsbewegung beleuchtet eine kürzlich erschienene Broschüre. Ihrem Verfasser Röhlings kann die Sachkenntnis nicht wohl abgesprochen werden. Nahezu ein Jahrzehnt hat er dem christlichen Textilarbeiterverband als Redakteur und Bezirksleiter gedient und jahrelang dessen Vorstand angehört. Röhlings enthüllt in einer Reihe Einzeldarstellungen, die sich auf Briefe von ihm selbst und anderen christlichen Textilarbeiterbeamten stützen, ein ekelhaftes Bild der Korruption, die in der Leitung des christlichen Verbandes herrscht. Die Darstellung Röhlings belastet besonders stark den Verbandsvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Matthias Schiffer. Schlimmstes Licht wirft auf diesen Mann eine Affäre, die Röhlings unter der Überschrift schildert: „Die Geldschrankschlüssel“. Im Bureau des Zentralverbandes zu Düsseldorf ward ein Geldschrank aufgestellt, zu dem der Fabrikant angeblich nur ein Paar Schlüssel geliefert hatte. Als dieser vom Kassierer darauf aufmerksam gemacht wurde, was geschehen solle, wenn die Schlüssel am Tresor stecken blieben und die Tür zuschlage, erwiderte dieser: „Dann müssen Sie an die Fabrik schreiben.“ Doch lassen wir den Verfasser selbst reden:

„Ein halbes Jahr später! Der Kassierer rennt wie ein Besessener durch die Bureau Räume und schreit: „Ich werde bestohlen, ich werde bestohlen! Offenen Mundes glocke ich ihn an und denke zunächst: der ist plötzlich wahnsinnig geworden. Aber schnell ist die Situation aufgeklärt. Stauend vernehme ich, daß unser für absolut diebes-

sicher gehaltener Geldschrank nicht sicher ist, daß — und stets während der Mittagspause — Geld daraus entwendet wird. Einmal verschwand der Betrag von 128 Mk., dann 70 Mk., dann 108 Mk., dann 50 Mk., dann 100 Mk. in Gold und 2 Mk. in Silber. Diese Diebstähle wurden im zweiten Quartal 1908 begangen. Vom ersten Quartal 1906 hatte der Kassierer dem Vorsitzenden bereits ein Konto von 108 Mk. gemeldet, welches letzterer in den Büchern 'stimmig' gemacht hatte, ohne davon dem Zentralvorstand Mitteilung zu machen.

An der Entdeckung des Diebes waren wir alle gleich interessiert, denn in Verdacht kam doch jeder, der zum Bureau Zutritt hatte. Wir beschloßen, während der Mittagspause abwechselnd auf dem Bureau Wache zu halten. Der Kassierer übergab dem ebenfalls auf dem Bureau tätigen Kollegen Roth einen Kassenschlüssel, so daß der eine Kollege nur im Weisheit des anderen den Schrank zu öffnen vermochte. Jeden Mittag wurde der Kassenbestand genau festgestellt und nach der Mittagspause wieder geprüft. Nach etwa acht Tagen, Samstagmorgens, fehlten dann wieder 40 Mk. in Gold und 1 Mk. in Silber.

Aber kein Dieb wurde erwischt. Inzwischen hatte der Vorsitzende seine Englandreise angetreten. Darüber waren wir uns klar: es mußte, trotz der gegenteiligen Erklärung des Fabrikanten, ein zweites Paar Schlüssel in Düsseldorf existieren, denn die komplizierten Federschlüssel mit Nachschlüsseln zu öffnen, war einfach undenkbar. Der Kassierer telephonierte an die Fabrik und erhielt den Bescheid: 'Es sind zwei Paar Schlüssel da, das zweite Paar hat der Vorsitzende.' Darauf fuhr der Kassierer nach Duisburg, und der Fabrikant erklärte ihm: 'Ich habe das zweite Paar Schlüssel auf dessen Wunsch dem Vorsitzenden gegeben, und wenn ich mich recht entsinne, hat er zu mir gesagt: Sagen Sie dem Kassierer nichts davon.' Dann führte der Fabrikant weiter aus: 'Mir ist noch nie ein Geschäft so ekelhaft gewesen wie dieses, denn der Agent verlangte eine möglichst hohe Provision mit der Begründung: Ich muß die Provision mit dem Vorsitzenden teilen.'

Der Kassierer hat dann den Fabrikanten, doch im Interesse unseres Verbandes über den Vorfall zu schweigen, worauf dieser erwiderte: 'Nun ja, wir haben von viele Geschäftsgeheimnisse, dann können wir dieses auch noch haben.' Der Fabrikant stellte dem Kassierer dann folgende Bescheinigung aus:

Duisburg, 6. 5. 08.

An den christlichen Textilarbeiterverband Düsseldorf.

Der im Jahre 1906 an Sie gelieferte Geldschrank hatte zu jedem Schloß zwei Schlüssel und habe ich die Reserver Schlüssel nicht an den Kassierer, sondern an den Vorsitzenden übergeben.

Hochachtend W. Gouben.

In der nächsten Zentralvorstandssitzung wurde dann beschloßen, die Angelegenheit bis zur Rückkehr Schiffers von England zu vertagen. Wir hatten aber die Rechnung ohne den Kollegen Roth gemacht. Dieser hatte von Schiffer den Auftrag erhalten, ihm fortlaufend über den Stand der Dinge nach England zu berichten. Einen solchen Bericht hatte Roth fertiggestellt und ließ ihn den Kassierer und mich lesen mit den Worten: 'Seht, ich habe von der Geschichte nichts geschrieben.'

An sein Pult zurück, schrieb er dann mit Bleistift auf ein Stück Papier etwa folgendes: 'Gewitterwolken ziehen sich zusammen, bitte sofort zurückkommen.'

Zwischen dem Vorsitzenden Schiffer und dem Sekretär Roth bestanden im Gewerkschaftsleben sonst unbekannte Umgangsformen, so etwa wie zwischen einem großen Herrn und seinem Kutscher. Schiffer redete den Roth mit 'Du, Peter' an, und Roth den Schiffer mit 'Sie, Herr Schiffer'. Wenn Schiffer von einer Reise zurückkehrte und Roth mußte zur persönlichen Berichterstattung antreten, so hatte er zunächst die Tür zu meinem, dem anstößenden Redaktionszimmer fest zu schließen.

Wenn ich mit dem Kassierer allein war, so sprachen wir von Roth als dem 'Geheimsekretär'. Auf den erwähnten Zettel von Roth hin, wovon wir anderen keine Ahnung hatten, kam Schiffer sofort von England zurück. Es wurde dann in der nächsten Zentralvorstandssitzung beschloßen, im Interesse unserer Bewegung die ganze Sache totzuschweigen und das vorhandene Konto auf das Konto der Lohnbewegung in Aachen zu buchen.

Der letzteren Aufgabe unterzog sich der Vorsitzende Schiffer. Er muß dies aber doch nicht geschickt genug gemacht haben, denn der Revisor Alois Steinbeek war, wie er mir auf der Fahrt zur Augsburger Generalversammlung vertraulich mitteilte, dahinter gekommen. Und die Delegierten in Augsburg hatten gar keine Ahnung, warum die Aachener Delegierten so entschieden für die Bildung eines Verbandsausschusses eintraten. (Siehe Protokoll

Seite 246 ff. Der Verfasser.) Der Sekretär Roth reiste im Auftrag des Zentralvorstehenden nach Krefeld und ließ sich von dem dort wohnenden Agenten eine Bescheinigung ausstellen, daß letzterer die Behauptung, er müsse die Provision mit dem Vorsitzenden teilen, als Geschäftskniff gebraucht habe.

In der erwähnten Zentralvorstandssitzung wurde dann in Abwesenheit von Schiffer beschloßen, daß die größeren Einkäufe nicht mehr von Schiffer allein, sondern von den Beamten auf dem Zentralbureau gemeinsam gemacht werden sollten. Mit diesem Beschluß glaubte man auch im Interesse des Zentralvorstehenden zu handeln. Über diesen Beschluß, der in der Folgezeit noch verschiedentlich bekräftigt wurde, ebenso wie noch über andere Beschlüsse des Zentralvorstandes, hat sich der Zentralvorstehende Schiffer glatt hinweggesetzt.

Das sind durchaus nicht alle Anklagen, die der Verfasser hier öffentlich gegen Schiffer erhebt. Nicht minder interessant ist ein anderes Kapitel der Broschüre, das die christlichen Verbandsbeamten in ihrer Tätigkeit als Streikbrechervermittler zeigt. Während des Krefelder Färberstreiks erließ der christliche Verbandsvorstand nachstehendes Rundschreiben an alle seine Beamten:

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands
Zentralstelle Düsseldorf.

Düsseldorf, den 8. April 1913.

An die Beamten unseres Verbandes!

Werte Kollegen! Die Situation in Krefeld liegt zurzeit so, daß alles getan werden muß, um dem Deutschen Textilarbeiterverband eine Schlappe beizubringen, das ist für uns von der größten Bedeutung. Es kommt zurzeit alles darauf an, eine hinreichende Zahl von Arbeitern in die Färberereien zu dirigieren. Es werden dort auch ungelernete Arbeiter in großer Zahl angenommen. Der Lohn beträgt je nach dem Alter 18 bis 25 Mk. pro Woche.

Wir bitten die Kollegen, uns umgehend mitzuteilen, ob aus dem dortigen Bezirk auf Zuzug nach Krefeld gerechnet werden kann, sei es auch nur für vier bis sechs Wochen.

Die Fahrkosten trägt der Verband.

Mit freundlichem Gruß Die Zentralstelle.

NB. Dieses Zirkular muß streng vertraulich behandelt werden.

In den Auseinandersetzungen, die nach Beendigung des Krefelder Streiks in mehreren Versammlungen stattfanden, haben sich die Christenführer stets mit größter Entrüstung dagegen verwahrt, daß sie Streikbrecher nach Krefeld vermittelt hätten. Heute kann und muß man diesen „Arbeitervertretern“ das Rundschreiben ihrer Zentralstelle um die Ohren schlagen. Die Broschüre zeigt einen großen Haufen stinkenden Mistes, der sich in der Verwaltung der christlichen Zentralstelle aufgehäuft hat. Damit er weggeräumt werden könnte, müßten vor allem die leitenden Personen von der Wildflut verschwinden. Das halten wir für ausgeschlossen. Wie lange werden aber Arbeiter noch so gekennzeichneten Führern Gefolgschaft leisten?

Der Deutsche Holzarbeiterverband, der unter dem Druck der hohen Arbeitslosigkeit im ersten Viertel dieses Jahres einen geringen Rückgang der Mitgliederzahl aufzuweisen hatte, erzielte im zweiten Viertel wieder einen Zuwachs von 2089 Mitgliedern. Er zählt jetzt 197 396 Mitglieder, darunter 7362 weibliche und 1130 jugendliche. Mit welcher Schwere die Arbeitslosigkeit auf der Holzindustrie lastet, zeigt der Umstand, daß der Verband im ersten Halbjahr bereits 1 124 708 Mk. für Arbeitslosenunterstützung verausgabt hat gegenüber 778 000 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bemerkenswert ist, daß zu gleicher Zeit die Streikausgaben mit 489 000 Mk. nur um ein Geringes niedriger geworden sind. Das Verbandsvermögen beträgt jetzt 7 628 000 Mk., davon 5 290 000 Mk. in der Hauptklasse; der Rest gehört den Zahlstellen. Einzelne von diesen haben allerdings in diesem Sommer schon erhebliche Summen zur Hilfe für die Arbeitslosen aufgewandt.

Genossenschaftliche Rundschau.

Auf dem diesjährigen Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes deutscher Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften hat man den noch in diesem Verband geliebten Konsumvereinen wieder einmal recht graulich vor der modernen Konsumvereinsbewegung gemacht, die man dort offenbar mit Unbehagen wachsen und gedeihen sieht. Die Verbandsleitung

hatte einen langatmigen Antrag vorgelegt, in dem es unter anderem heißt:

„Der Allgemeine Genossenschaftstag erblickt ferner in allen Bestrebungen, die auf die Errichtung der Gemeinwirtschaft gerichtet sind, eine Gefahr für das deutsche Genossenschaftswesen, da sie die Genossenschaften in zwei Lager teilen, je nachdem die Genossenschaften der Erhaltung der Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung dienen oder dieselbe ersetzen wollen durch die Gemeinwirtschaft. Der Allgemeine Genossenschaftstag erachtet daher insbesondere auch die Bestrebungen auf Bildung von Bezirkskonsumvereinen, die eine Stufe auf dem Wege zur Gemeinschaft sein sollen, sowie den Ausschluß der Konkurrenz beim Wareneinkauf für unvereinbar mit den wirtschaftlichen und sozialen Grundgedanken des deutschen Genossenschaftswesens.“

Die Idee, daß die „Gemeinwirtschaft“ dem Genossenschaftswesen gefährlich werden könne und Bezirkskonsumvereine deshalb zu bekämpfen sind, könnte ebensogut irgend ein mittelständlerischer Konsumvereinsfeind ausgeht haben. Welch ein grandioser Unfuss! Die Genossenschaften, besonders aber die Konsumvereine, sind geradezu eine Bedingung der „Gemeinwirtschaft“. Ebenso widersinnig ist die Wendung vom „Ausschluß der Konkurrenz beim Wareneinkauf“. Denn je größer ein Konsumverein ist, desto mehr kann er beim Einkauf die Vorteile der Konkurrenz ausnützen. Wie steht es denn da übrigens mit dem großen Breslauer Konsumverein mit seinen 92 000 Mitgliedern und 28 Millionen Mark Umsatz? Dieser Verein hat alle Merkmale, die obiger Antrag als nichtgenossenschaftlich verwirft. Er gehört aber demselben Verband an, der jetzt diesen Antrag zum Beschluß erhob. Nach dem Rezept der Verbandsleitung und dem nun vorliegenden Beschluß müßte der Breslauer Verein in eine Anzahl kleiner Genossenschaften zerschlagen werden. Selbst einsichtigeren bürgerlichen Kreisen ist diese neueste Crügersche Logik zu — sonderbar. So schreibt das Organ der Handelskammer in Halberstadt, daß „durch diese Resolution die Stellung der im Allgemeinen Verband organisierten Konsumvereine eine wesentliche Erschwerung erfährt. Denn dadurch, daß man diesen einen weiteren Zusammenschluß verbietet, werden sie in ihrer Entwicklungsmöglichkeit beeinträchtigt. Wir möchten freilich glauben, daß diese Scheidung von zwei fundamental verschiedenen Bestrebungen, die heute noch in starker Unklarheit im Allgemeinen Verband zusammengeschlossen sind, der allgemeinen Entwicklung der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nur förderlich sein kann.“ Der letzte Satz kann nur bedeuten, daß man am liebsten die Konsumvereine im Allgemeinen Verband ganz los sein möchte. Das ist allerdings konsequent gedacht. Und man kann nur hoffen, daß diese radikale reinliche Scheidung bald Wahrheit werde. Konsumvereine, die sich nicht ihre eigene Entwicklung unterbinden lassen wollen, gehören in den Zentralverband.

Schon wieder ist in Berlin ein bürgerliches Genossenschaftsunternehmen jämmerlich zusammengekracht. Es handelt sich um den „Allgemeinen Deutschen Mietversicherungsberein“, der kaum anderthalb Jahre bestanden hat. Nach einem Artikel in den Blättern für Genossenschaftswesen liegt die Schuld dieses Zusammenbruchs an der schlechten Verwaltung. Danach wurde bei dem Verein vom ersten Anfang an in unglaublicher Weise gewirtschaftet. Die Garantiefondszeichner, die sich hauptsächlich aus den Kreisen der nachmalig leitenden Organe (Aufsichtsrat und Direktion) zusammensetzten, übertrugen alsbald nach der Gründung des Vereins einen großen Teil ihrer Anteile an Verpflichtungen unter der Zustimmung des Aufsichtsrats auf andere, leistungsunfähigere Personen, die sie durch Übertragung von unverhältnismäßig hoch dotierten Verwaltungsstellen mit langdauernden Verträgen für das Opfer der Übernahme der Anteilsscheine entschädigten. Der Geschäftsbetrieb selbst wurde mit einem Aufwand an Mitteln in Szene gesetzt, der jeder Beschreibung spottet. Der leitende Direktor sicherte sich alsbald einen lebenslänglichen Anstellungsvertrag, für die Verwaltung wurden in der teuersten Gegend von Berlin Räume auf Jahre hinaus gemietet, kurz, der junge Verein, der seine Existenzfähigkeit erst erweisen sollte, wurde von Anfang an mit Verwaltungskosten bepackt, die in keinem Verhältnis zu seinen Mitteln standen. Solche Lotterwirtschaft sollte in einem von Arbeitern verwalteten Konsumverein vorkommen! Da gäbe es ein großes Hallo und eine tüchtige Heße gegen „sozialdemokratische Mißwirtschaft“.

Die Hamburger „Produktion“ hat kürzlich nach vierzehnjährigem Bestehen die hundertste Verkaufsstelle eröffnet. Diese an sich erfreuliche Tatsache hat man besonders „gefeiert“, was wir für überflüssig halten. Interessant sind aber die Daten,

die bei der Gelegenheit gegeben wurden. Insgesamt sind bis jetzt 181 Läden eröffnet worden, nämlich 100 Kolonialwarengeschäfte, 45 Brot-, 20 Schlachter-, 5 Fisch- und 2 Gemüseläden. Als Eigenbetriebe sind errichtet: Schlachterei, Bäckerei, Schrotmühle, Fischerei, Klempnerei, Schmiede, Montage- und Reparaturwerkstätte, Kaffeerösterei, Mineralwasserfabrik, Landwirtschaftsbetrieb mit Meierei und ein Kohlenlager. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der 1600 Angestellten werden in ihrer Gesamtheit von keinem kapitalistischen Betrieb erreicht. Auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaus hat die „Produktion“ Bedeutendes geleistet. 72 Wohnhäuser mit 60 Läden und 888 Wohnungen sind bis jetzt hergestellt und vermietet. Eine soziale Einrichtung besteht in dem Rotfonds, den jedes kaufende Mitglied ansammeln kann. Im verflossenen Jahre sind dem Rotfonds der Mitglieder über 800 000 Mk. gutgeschrieben worden. An Spareinlagen sind von den Mitgliedern annähernd 10 Millionen Mark eingezahlt worden. Daß die Erfolge der „Produktion“ den Mittelständlern arg auf die Nerven gefallen sind, ist erklärlich, und ebenso erklärlich ist, daß in einem Staate wie Hamburg, wo der Krämergeist herrscht, dem Schreien nach einer Erdröselungssteuer der Konsumvereine stattgegeben wurde. Trotz dieser Steuer aber entwickelt sich die „Produktion“ stetig mächtiger.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat vor kurzem seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1912/13 herausgegeben. Die Zahl der Mitglieder ist um 3191 auf 54 863 gestiegen, und der Umsatz beträgt mit 27 024 933 Mk. nicht weniger als über 8 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Sehr hoch ist — ein erfreuliches Zeichen für die Gesundheit des Riesenvereins — der Durchschnittsumsatz des einzelnen Mitglieds, der mit 492 Mk. angegeben ist. Es dürfte nicht viele Konsumvereine in Deutschland geben, die ein gleich günstiges Ergebnis in dieser Hinsicht buchen können. Dabei muß allerdings in Betracht gezogen werden, daß der Verein Leipzig-Plagwitz umfangreiche Produktionsbetriebe — Bäckerei, Molkerei, Fleischerei usw. — und auch einige große moderne Warenhäuser unterhält. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse können als vorbildlich für gleichartige Privatunternehmungen in jeder Hinsicht bezeichnet werden. — Staat und Gemeinde haben einen guten Steuerzahler in der noch immer arg bekämpften Genossenschaft; das Steuerkonto für das verflossene Geschäftsjahr beläuft sich auf 214 382 Mk.! Diese Summe würde den meist ganz armen Mitgliedern zugeführt werden können, wenn die Genossenschaft ihrem ganzen Wesen entsprechend als ein gemeinnütziges Unternehmen von den Behörden angesehen und insolgedessen steuerfrei gelassen würde. In der einen Gemeinde muß sie sogar noch 4800 Mk. Umsatzsteuer zahlen, die mit für „patriotische und mildtätige Zwecke“ verwendet werden. Als die Genossenschaft aber früher einmal 150 Mk. für Milchpflege armer Kinder gegeben hatte, wurde ihr mit Auflösung gedroht, weil diese Ausgabe nicht dem — Genossenschaftsgesetz entsprechende — Um wie große Eigenbetriebe es sich bei der Genossenschaft handelt, zeigt eine Zahl: der Umsatz in der Fleischerei ist mit rund 3 386 000 Mk. angegeben, noch wesentlich höher ist der von Backwaren, die in drei Bäckereien hergestellt werden.

Eine Genossenschaftsbank ist vor kurzem in Dänemark gegründet worden. Das volle Garantiekapital soll spätestens in 2½ Jahren eingezahlt sein. In der dänischen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung ist von Anfang an der Regelung des Geldverkehrs gearbeitet worden. Und je mehr die Vereine sich entwickelten, um so unangenehmer empfanden sie den Umstand, daß sie durch die Banken das benötigte Geld allzu teuer bekamen. Sie trachteten also danach, ihre Geldgeschäfte selbst in die Hand zu nehmen und eine eigene Genossenschaftsbank zu gründen. Der Vorsitzende der dänischen Großeinkaufsgesellschaft dachte schon im Jahre 1895 ernstlich an die Schaffung eines solchen Instituts. Es verging also geraume Zeit, bis seine Pläne verwirklicht wurden. Als im Jahre 1903 der erste dänische Genossenschaftskongress in Kopenhagen zusammentrat, wurde die Angelegenheit sofort zur Sprache gebracht. Nach weiteren zwei Jahren wurden Fragebogen an alle Genossenschaften verschickt und die eingelaufenen Antworten bearbeitet. Im Jahre 1907 wurden die ersten Pläne für die Genossenschaftsbank veröffentlicht. Eine Verzögerung brachte noch die Bankkrise des Jahres 1908 mit sich, dann aber wurde die Sache tatkräftig betrieben, und nun ist die dänische Genossenschaftsbewegung durch den Besitz einer eigenen Bank in die Lage versetzt, auch auf dem Geldmarkt sich vom Privatkapital und Zwischenhandel zu emanzipieren. Das neue Unternehmen wird zweifellos der Genossenschaftsfrage wertvolle Dienste leisten. H. F.

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Vom **Textilarbeiterelend in Augsburg** erzählen uns diese Angaben. Nach dem Bericht der Gewerbeinspektion 1911 wurden in den Betrieben der Augsburger Textilindustrie 16 278 Personen beschäftigt. Nur 5948 davon waren erwachsene Männer, neben ihnen frondeten 9040 erwachsene Arbeiterinnen und 1290 Jugendliche, junge Burschen und Mädchen unter 16 Jahren. Diese Zahlen dürften sich seither nur wenig verändert haben. Die Gewerbeaufsicht hatte die Kinder unter 14 Jahren nicht besonders gerechnet, die Augsburger Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes schätzt ihre Zahl auf 300. Darf man sich wundern, daß immer mehr Frauen und halbwüchsige Proletarierjugend, ja Kinder an die Textilbetriebe gefesselt werden, wenn man die Höhe des durchschnittlichen Verdienstes erfährt oder richtig: seine Niedrigkeit! In der Augsburger Textilindustrie sind zweiwöchige Lohnperioden üblich, und darin verdienen erwachsene Männer durchschnittlich 82 bis 87 M., also 16 bis 18 $\frac{1}{2}$ M. pro Woche. Kann ein Familienvater mit diesem Verdienst die Seinen nähren, Kleiden, behausen? Vermag auch nur ein erwachsener lediger Arbeiter dabei menschenwürdig zu existieren? Die Herren Textilbarone sollten den Proletariern dieses Kunststück einmal gefälligst vormachen! Für die würde ein solches Einkommen wahrscheinlich nicht ausreichen, die Handschuhe für vierzehn Tage zu bezahlen. Wenn die Arbeiter mit Bettelgrofchen abgespeist werden, ist die Erwerbsarbeit der Frau bittere Notwendigkeit, auch wenn sie als Hausfrau und Mutter gerade mehr als genug zu tun hätte, da ihr keine „perfekte Köchin“ und kein Kindermädchen zur Seite steht. Auch der Verdienst der Metallarbeiter ist in Augsburg häufig so gering, daß die Frau Geld ins Heim bringen muß und meist ihr Brot in den Textilfabriken sucht. Und der Lohn der Arbeiterinnen? 25 bis 33 M. im Durchschnitt für vierzehn Tage, mithin 12 $\frac{1}{2}$ bis 16 $\frac{1}{2}$ M. die Woche. Man braucht kein Rechengenie zu sein, um nachzuweisen, daß dies zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben ist, namentlich in diesen Zeiten, wo Teuerungspreise des wichtigsten Lebensbedarfs die Taschen der großen Getreidebauer und Viehzüchter, der schwerreichen Industrieherrn füllen. Ja, wenn man diese Teuerungspreise nicht vergißt, so begreift man, daß die Textilarbeiterfamilie bedacht sein muß, die Kinder so früh als möglich aus Proteffern in Brotverdiener zu verwandeln. Auch wenn sich die angegebenen Löhne von Mann und Frau zusammenfügen, wird Schmalhans Küchenmeister sein. Da müssen denn die Kinder bei halben Arbeitstagen 4 bis 5 M. die Woche hinzuerwerben und die Jugendlichen den Verdienst von 6 bis 9 M. pünktlich abliefern. Derweilen bei der Textilarbeiterschaft Gesundheit, Elternglück, Jugendfreude, Bildungstrieb, die Lebenskraft selbst gemordet wird, gedeihen die Profite der Textilgewaltigen ganz herrlich. Wie lange noch Not als der Maße Preis, und Überfluß als Lohn von Müßiggang? Arbeiter und Arbeiterinnen, erachtet! Stellt euch organisiert zum Kampfe gegen das ausbeutende Unternehmertum, gegen die Gesellschaftsordnung der Ausbeutewirtschaft.

Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauenrechtlerinnen und Handlungsgehilfinnen. Die Arbeiterinnen — von den katholischen abgesehen — haben sich schon längst von dem Einfluß bürgerlicher Sozialreformer und Frauenrechtlerinnen frei gemacht. Soweit sie bewußt für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen, gehören sie überwiegend den zentralisierten freien Gewerkschaften an. Anders die Handlungsgehilfinnen. Sie laufen noch in großer Zahl am Gängelband der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Eine Organisation, auf die das zutrifft, der Verband der verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte, hielt jüngst in Breslau eine Tagung ab. Wir nehmen von ihr Kenntnis, nicht weil auf ihr neue Ideen oder beachtenswerte Tatsachen ausgesprochen wurden, sondern weil die Beratungen lehrreiche Einblicke in die Auffassung, das Leben einer Organisation geben, die von Frauen der bürgerlichen Gesellschaftsschichten geleitet wird.

Es ist eine solchen Organisationsgebilden innewohnende Schwäche, daß sie nie zum richtigen Verständnis dafür kommen, wie denn eigentlich die Lage der weiblichen Erwerbstätigen ist, die sie vertreten. Diese Schwäche erklärt sich daraus, daß diese Lage den Leiterinnen fremd bleibt, weil sie die Dinge mit bürgerlichen Augen betrachten und nichts von der Grundtatsache wissen wollen, daß Angestellte und Chefs sich als Ausgebeutete und Ausbeutende gegenübersehen. Die schiefen Gedanken der Leiterinnen

drücken aber auf das Empfinden und Denken der Mitglieder. Diese empfangen Meinungen und kleine Konzeffionchen, sie ringen nicht um neue Erkenntnisse und stellen ihre Interessen und Forderungen nicht schroff, fest dem Profitbegehren der Firmenträger entgegen. Das ist der wunde Punkt der bürgerlichen Organisationen für weibliche Angestellte im Handelsgewerbe. Die Leiterinnen stehen dem Elend des Berufs fern, und es geht ihnen meist der Blick für die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens ab. Bewiß können sie die mannigfachen Mißstände nicht übersehen, unter denen die Handlungsgehilfen leiden. Aber sie finden nicht ihre letzte Ursache: die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Das trat deutlich auf der Breslauer Tagung hervor. Dort referierte Fräulein Dr. Meyer über Die Lage der Verkäuferinnen. Sie übte eine sehr milde Kritik an den Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen und sprach sich für den Kost- und Logiszwang aus. Warum? Weil er geeignet sein soll, die den jungen Mädchen drohenden sittlichen Gefahren abzuwehren. Nun wird kein Mensch, der die Verhältnisse kennt, leugnen, daß den Verkäuferinnen sittliche Gefahren drohen. Es ist jedoch ein Irrtum, anzunehmen, daß der Kost- und Logiszwang diese Gefahren beseitigt, eher vermehrt er sie noch. Denn der Kost- und Logiszwang ist stets begleitet von den erbärmlichsten Gehaltsverhältnissen, überlanger Arbeitszeit usw. Das aber sind Umstände, die den Nährboden für sittliche Gefährdungen bilden. Es wird außerdem eine Abhängigkeit von dem Prinzipal geschaffen, der nicht allzu selten der Meinung ist, er habe nicht nur die Verfügung über die Arbeitskraft, sondern auch über den Leib der Angestellten. Die Freizeit ist bei Kost- und Logiszwang besonders gering, und damit verliert die gebundene und abhängige Verkäuferin Gelegenheit zur Fortbildung, zur Entwicklung von Selbstbewußtsein, Kraft und innerer Festigung. Gewaltsam schienen die tagenden Damen ihre Augen dagegen zu verschließen, daß der Kapitalismus deutlich auch im Handelsgewerbe herrscht. Das A und O ihrer Hoffnungen auf Beseitigung von Übelständen, die die Handlungsgehilfinnen schwer empfinden, war die Hebung der Qualität der Verkäuferinnen. Nur Mädchen sollen als Lehrlinge eingestellt werden, die mindestens die oberste Klasse einer Volksschule besucht haben. Die Lehrzeit müsse zwei Jahre betragen und mit Fortbildungsschulzwang verbunden sein. Ferner erklärten die Damen, es sei darauf hinzuwirken, daß sich auch Mädchen aus bürgerlichen Kreisen dem Verkäuferinnenberuf zuwenden, denn dadurch werde das allgemeine Ansehen des Standes gehoben. Diese Forderungen gehen nicht von Tatsachen aus, sondern von der Illusion, daß nur schlecht vorgebildete, aus der Arbeiterklasse stammende Verkäuferinnen elend bezahlt, lange am Tage ausgezehrt, sittlich gefährdet werden usw. Das ist grundfalsch. In Wirklichkeit erhalten die aus bürgerlichen Familien stammenden Verkäuferinnen nicht mehr als die Töchter von Proletarierinnen. Der Handesherr fragt nicht nach der Herkunft, sondern nach der Niedrigkeit des Gehaltes. Zahlreich sind die Klagen, daß gerade bürgerliche Mädchen besonders schlecht salarisiert sind. Bei ihnen wird die Bezahlung zum Teil als ein Taschengeld angesehen, und so stellen sie nur zu oft gefährliche Lohnrückerinnen. Ebenso irrig ist es, von einer besseren Ausbildung der Verkäuferinnen eine Hebung der Lage im Beruf überhaupt zu erwarten. Eine gute Berufsbildung kann unter Umständen wohl die Lage der einzelnen günstiger gestalten, niemals aber die der Allgemeinheit. Der ungehemmten Ausbeutung der Verkäuferinnen kann nur durch eine zielbewußte, entschlossene Organisation entgegengetreten werden. Die Vereine der weiblichen Handelsgestellten, die von bürgerlichen Damen und Sozialpolitikern geführt werden, sind keine solche Organisation. Sie bieten den Handlungsgehilfinnen kein kulturgemäßes Brot, höchstens hin und wieder etwas Zuderwerk. Was sie nicht wollen und tun, das will und tut der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen. H. G.

Frauenstimmrecht.

Die „Politik“ des Vereins für Frauenstimmrecht in Mainz. Als vor einigen Jahren Fräulein L i s c h n e w s k a im „Verein für Frauenstimmrecht“ zu Mainz einen Vortrag hielt über „Politik, Finanzreform und Frauenstimmrecht“ forderte sie zum Schluß die anwesenden Damen begeistert auf, sich politisch zu organisieren, einerlei in welcher Partei. Ihrem Enthusiasmus wurde ein empfindlicher Dämpfer aufgesetzt. Ein Anhänger des Zentrums, Herr Dr. M e c h a n i z, stellte die Behauptung auf, daß das männliche Geschlecht geniale veranlagt sei als das weibliche; daß ferner die Entwicklung neuer Kräfte einerseits ein Manko des Wesens andererseits bedinge. Dies sein Grund, die Frauen von der Politik fernzuhalten! Auf die ironische Frage, wo denn das Manko bei

den angeblich geistig so hochentwickelten Männern zu suchen sei, erfolgte keine klare Antwort. Der Flottenfreund Fräulein Bismarck, der bekannte Rechtsanwalt C. A. H., wollte die politische Tätigkeit der Frauen darauf beschränkt wissen, daß sie in entscheidenden politischen Situationen die Männer — beraten dürften. Heuer wollte nun der frauenrechtlerische Verein eine Tat hinter die Kühne Aufforderung der Führerin setzen. Es sollte etwas Besonderes, Systematisches für die politische Schulung und Organisierung der bürgerlichen Frauen geschehen. Der Verein ließ einen Vortragszyklus abhalten, der den Zweck verfolgte, die Mitglieder mit den Forderungen der politischen Parteien bekanntzumachen und zur politischen Organisierung zu bewegen. Die verschiedenen Parteien sollten durch eigene Angehörige geschildert werden. Herr Dr. Keller sprach als Vertreter der national-liberalen Partei über auffällige Volksgenossen — Dänen, Polen, Französlinge —, gegen die der Hieb die beste Deckung sei; über Kolonialerwerb, der eine Lebensnotwendigkeit geworden; über die Genußsucht des Volkes, die zu befriedigen seine Partei niemals sich herbeilassen werde, und über dergleichen mehr. Aber mit keinem Wort streifte er die Wahlrechtsfrage. Erklärlich für jeden, der die offene Feindschaft der Nationalliberalen gegen ein wirklich demokratisches Wahlrecht kennt. Aber was soll man dazu sagen, daß von den waderen frauenrechtlerischen Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht trotz Aufforderung der Vorsitzenden nicht eine einzige den Mut fand, über diesen wichtigen Punkt Klarheit zu fordern. Einer in der Versammlung anwesenden Genossin blieb es vorbehalten, die ominöse Frage zu stellen. Nun kam die etwas verlegene, aber deutliche Antwort: daß ganz gewiß eine Reihe jüngerer Mitglieder in der national-liberalen Partei dem Frauenwahlrecht sympathisch gegenüberstehe, es sei aber nicht zu leugnen, daß die Partei als Ganzes diese Forderung ablehne. Und trotzdem gibt es frauenrechtlerische Damen, die der national-liberalen Partei nachlaufen und begeistert für sie wirken. Das bürgerliche Klasseninteresse macht das begreiflich. Es ist stärker als die Liebe für die politische Gleichberechtigung. Genosse Redakteur Munk behandelte das sozialdemokratische Programm und die Stellung unserer Partei zum allgemeinen Wahlrecht. Es erübrigt sich, hierüber an dieser Stelle zu schreiben. Selbst von gegnerischer Seite ist es längst anerkannt, daß die Sozialdemokratie die Forderung des Wahlrechts auch für die Frauen am frühesten vertrat und am ehesten versteht. Wenn die Frauenrechtlerinnen trotzdem immer zahlreicher und entschiedener die Sozialdemokratie bekämpfen, so erklärt sich das wiederum aus dem Interesse, das sie als Angehörige der besitzenden und ausbeutenden Klassen daran haben, daß diese „göttliche Weltordnung“ der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bestehen bleibt. Vom Vertreter des Zentrums ist die unverhüllte Aufrichtigkeit zu loben, mit der er betreffs des Frauenwahlrechts erklärte: „Das Zentrum lehnt es ab, Utopien nachzujagen.“ Allerdings gibt es auch Zentrumsleute — sogar Geistliche —, die „anders können“ und sich für das Frauenwahlrecht erklären. Aber was gab der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei zum besten, die der Trost und die Hoffnung der „liberalen“ Frauen ist? Herr Professor Dr. Vogt-Giesen war ein sehr liebenswürdiger und geistreicher Plauderer. Aber um so bitterer mußte die Bille schmecken, die er den Damen zu schlucken gab, den Stimrechtfordernden Damen: „Wir (die Fortschrittliche Volkspartei) haben die Zukunft, denn wir haben die Frauen. Und wir haben die besten Frauen, trotzdem sie sich bei uns erst erklämpfen müssen, was die sozialdemokratische Partei den Frauen längst, längst eingeräumt hat: die Forderung des Wahlrechts.“ Also erklärte der Herr Professor, und er fügte hinzu, dieser Forderung werde seine Partei erst nähertreten, wenn sie sich als Volkswille bekunde. Vorläufig jedoch sei es nur eine ganz, ganz kleine Minderheit, die das Wahlrecht für die Frauen fordere. „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?“ Man hätte erwarten sollen, daß die Vorsitzende des Frauenstimmrechtsvereins in ihrer Schlussansprache die Stellung der verschiedenen Parteien zum Frauenwahlrecht kritisch beleuchtet hätte. Mit keinem Wort tat sie das! Dagegen hielt sie es für angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Mitglieder des Vereins so furchtbar — selbstlos sind, den Vortragenden dafür zu danken, daß sie auch die Stellung zum Frauenwahlrecht gestreift hätten, trotzdem das doch nicht verlangt worden sei. Kann man die Bescheidenheit weiter treiben? Und mit solcher Politik der Schwächlichkeit glauben Frauenrechtlerinnen das Wahlrecht zu erobern. Jedenfalls glauben die Dinge auch mal in Mainz, daß die Frauen des arbeitenden Volkes ihr Bürgerrecht nicht von den Damen zu erhoffen haben, sondern von dem eigenen Kampf, zusammen mit der Sozialdemokratie.

F. Geringer.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Die erste Schularztin in Berlin ist ernannt worden: Dr. Martha Ulrich. Es hat recht lange gewährt, bis man sich in der Reichshauptstadt zu diesem dringend nötigen Fortschritt verstehen konnte.

Frauen in der Charlottenburger Waisenflege. Der Magistrat von Charlottenburg bestellte 8 Frauen als Waisenflegerinnen.

In das reorganisierte Ministerium für das Erziehungswesen im Staate Kalifornien hat der Präsident unter sieben Mitgliedern auch eine Frau berufen: Mrs. Agnes Ray aus Oakland. Seit 10 Jahren hat sie sich eingehend mit den öffentlichen Schul- und Erziehungsangelegenheiten beschäftigt; sie hat Univeritätsbildung und war früher als Schullehrerin tätig.

Verschiedenes.

Ein Erfolg sozialdemokratischer Lehrerinnen in der Schweiz. Denkwürdig wird die diesjährige Schulsynode des Kantons Zürich bleiben, das heißt die offizielle Jahresversammlung der gesamten Lehrerschaft von der Volksschule bis hinauf zur Hochschule. Die oberste Erziehungsbehörde im Kanton erläßt alljährlich ein Preisausschreiben über irgend eine Schulfrage oder über die Abfassung von Lehrmitteln für die Volksschule. An der Synode wird jeweils nach einer kurzen Besprechung der eingegangenen Arbeiten das Ergebnis dieses Wettbewerbs verkündet. Dann erfolgt die Öffnung der verschlossenen Umschläge, die die Namen der prämierten Verfasser enthalten. Es ist dies jedesmal ein Augenblick feierlicher Spannung. Für dieses Jahr lautete die Preisaufgabe: Abfassung eines Lesebuchs für die zweite und dritte Klasse der Elementarschule. Es waren verschiedene Arbeiten eingegangen, die kurz charakterisiert wurden. Die mit dem ersten Preis ausgezeichnete trug das bezeichnende Motto: „Chümmed Buebe-n und Maidli und schaffed tüchtig, das er öppis werded im Läbe.“ Das Urteil der Prüfungskommission lautete außerordentlich günstig. Der methodischen sowohl wie der stofflichen Durcharbeitung wurde das höchste Lob gespendet. Um so größer war das Interesse, den Namen des so ausgezeichneten Verfassers zu erfahren, und nun folgte die große Überraschung: drei Lehrerinnen hatten sich zur erfolgreichen Lösung der Aufgabe zusammengetan, nämlich die Genossinnen Lina Gubler, Agnes Robmann und Elisabeth Schießer. Spontaner Beifall brach los, denn es ist das erstmal, daß Lehrerinnen mit einem ersten Preis bedacht wurden. Es sei hervorgehoben, daß die ausgezeichneten Genossinnen sich eifrig in der Arbeiterbewegung betätigen und Mitglieder der sozialdemokratischen Lehrervereinigung Zürichs sind, die 70 Mitglieder zählt. Am Bankett, das auf die offizielle Tagung folgte, brachte Herr Erziehungsdirektor Dr. Locher einen Toast auf die Lehrerinnen aus. Verschiedene Anwesende konnten sich dabei eines Lächelns nicht erwehren. Der gleiche Herr war ein Miturheber des famosen Gelegenheitsgesellschafts gegen die verheirateten Lehrerinnen, von dem hier in der Nummer vom 13. November 1912 die Rede gewesen ist. Man sieht, hohe Herren können ihre Ansichten bisweilen überraschend schnell ändern. Wenn sie aber nach vornwärts und nicht nach rückwärts umlernen, so können wir des zufrieden sein.

-r.

Wir empfehlen in einfacher, guter Ausstattung

Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1912/1913

a. Die Decke für das Hauptblatt und die Beilage „Für unsere Mütter und Hausfrauen“. b. Die Decke für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei direkter Zusendung 30 Pf. mehr für Porto. Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken unentgeltlich beigegeben. Vollständig gebundene Jahrgänge der Gleichheit und der Kinderbeilage sind vorrätig. Preis 4 Mark.

Bestellungen nehmen die Aussträgerinnen der Gleichheit sowie alle Buchhandlungen entgegen.

Vorrätig sind noch die Einbanddecken zu den Jahrgängen 1908/1909, 1909/1910, 1910/1911, 1911/1912. Preis je 1 Mark.

Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Gettin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.